Eine Publikation des SPD-Ortsvereins Dreisamtal

September 2021

Dreisamtal - wie geht's?

Wir machen Zukunft.

Olaf Scholz wird mit einer Zukunftsregierung unser Land nach vorne bringen.

Seiten 3 bis 5

© Photothek

„Knopf drauf!"

Wohnbau Kirchzarten – vom mutlosen Scheitern einst gut gemeinter Absichten

Seite 8

»Großes schaffen wir nicht mit ‚Klein-Klein'. Sondern mit guten Ideen, Erfahrung – und Mut. Ich will das machen.«

Olaf Scholz, Kanzlerkandidat

Der Neoliberalismus ist gescheitert. Wir brauchen einen aktiven Staat.

Seite 7

Fairer Handel im Dreisamtal

Der Weltladen in Kirchzarten wünscht sich, dass in allen Gemeindeverwaltungen fair gehandelter Kaffee getrunken wird.

Seite 11

Ihnen gefällt unsere Zeitung?
Dieses Projekt entstand ehrenamtlich in unserer Freizeit. Druck und Verteilung allerdings kosten. Wir freuen uns sehr, wenn Sie dieses Zeitungsprojekt mit einer Spenden an den SPD-Ortsverein Dreisamtal unterstützen: **IBAN DE49 6809 0000 0027 5001 02**
Wie Sie sicher wissen:
50% Ihrer Spende erhalten Sie dann als Steuerabzug wieder zurück!

Veränderung wählen

„Konservatismus ist ein Sammelbegriff für geistige und politische Bewegungen, welche die Bewahrung bestehender oder die Wiederherstellung früherer gesellschaftlicher Ordnungen zum Ziel haben."

Das steht in der Wikipedia. Meinen Sie, dass unsere gesellschaftliche Ordnung in den letzten Jahren bewahrt wurde? Oder dass es helfen wird, wenn wir so weiter machen, wie bisher?

Wenn wir unseren Status auch nur annähernd erhalten wollen, muss sich in Deutschland so viel ändern, dass wir uns auf keinen Fall vier weitere Jahre konservative Politik leisten können.

Der Mensch und die Umwelt müssen wieder mehr in den Mittelpunkt rücken. Wir brauchen eine Stärkung der Mitte und mehr Unterstützung für diejenigen, die am Rande der Gesellschaft sind. Das Soziale in unserer Demokratie muss wieder eine Rolle spielen. Wir müssen versuchen, die Gesellschaft wieder weniger zu spalten. Gesellschaftliche Hierarchien müssen verändert werden, um unsere Gesellschaft und ihre Möglichkeiten für alle erreichbar zu machen. Dies und ein viel stärkerer Einsatz für den Klimaschutz sind die wichtigsten Ziele der kommenden Jahre. Um zu retten, was zu retten ist.

Falls sich nichts ändert sind es noch etwa sechs Jahre, bis eine Erwärmung der Erde um 1,5 Grad nicht mehr zu verhindern ist. Was das bedeutet haben wir diesen und in den Sommern davor gesehen und das war nur eine Andeutung dessen, was kommen wird. Und wir werden uns nicht daran gewöhnen können und uns anpassen, das haben uns die letzten Sommer schon gezeigt.

Es ist Wahlkampfzeit und eigentlich ist gar keine Zeit für Wahlkampf. Eigentlich ist es eben wichtig, dass jetzt so schnell und klug wie möglich gute und weitsichtige Politik gemacht wird. Kein Wahlkampf, keine Sommerpause, kein Feierabend. Handeln.

Wählen Sie am 26. September die Veränderung und für die Zukunft. Um für die nächsten Generationen etwas von unserer gesellschaftlichen Ordnung und diese Erde zu bewahren. Denn wir haben keine Zeit mehr.

Wenn Sie sich aufregen, wieso die Politik nicht mehr Lösungen ermöglicht und wieso dort nicht die richtigen Menschen handeln, liegt das vielleicht auch daran, dass wir das Feld diesen Berufspolitikern überlassen, statt selber Politik zu gestalten. Politik ist zäh, aber wie auch bei Klimaschutz kann jeder einen kleinen Beitrag leisten und viele können gemeinsam etwas ändern.

Liebe Leser*innen, wir freuen uns, dass wir Ihnen eine weitere Ausgabe unserer Zeitung „Dreisamtal – wie geht's?" vorstellen können. Wenn Sie etwas bewegen wollen, dann kommen Sie zu unseren Treffen und Aktionen und gestalten Sie mit. Werden Sie aktiv in einer Partei. Wir versuchen auf lokaler Ebene etwas zu bewegen und politisch zu gestalten.

Sie finden aktuelle Informationen zu dem, was wir veranstalten, gestalten, debattieren und politisch erreichen möchten, auch im Internet unter **www.spd-dreisamtal.de** oder bei Facebook als **@spddreisamtal**. Bei Instagram sind wir als **@spd.fuer.kirchzarten** unterwegs.

Wir freuen uns außerdem über Ihre Fragen, Anregungen und Informationen.
Schreiben Sie uns unter **kontakt@spd-dreisamtal.de**

Wir wünschen Ihnen ganz viel Freude beim Lesen! Bleiben Sie gesund!

Für das Redaktionsteam des SPD Ortsvereins Dreisamtal:

■ *Marlene Greiwe*

Impressum

Herausgeber
SPD Ortsverein Dreisamtal
Vorsitzende Jennifer Sühr
Kageneckstraße 3
79252 Stegen
kontakt@spd-dreisamtal.de

Verantwortlich für den Inhalt
Bernd Engesser
Stellvertretender Vorsitzender
OV Dreisamtal
St. Johannes Weg 8
79199 Kirchzarten
kontakt@spd-dreisamtal.de

Redaktion und Projektteam
Sabine Beck, Bernd Engesser, Dagmar Engesser, Hajo Glissmann, Marlene Greiwe, Sandra und Tobias Haas, Klaus Kiesel, Werner Konold, Peter Meybrunn, Benny Rudiger, Stefan Saumer, Jennifer Sühr, Kristin Ulrich, Pavlos Wacker, Margret Wassermann

Druck
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
Klimaneutral gedruckt auf 100% deinktes, chlorfrei gebleichtes Altpapier, Umweltzeichen:
Blauer Engel, FSC, PEFC, EU-Ecolabel

Auflage 13.000, September 2021

Bildnachweis
Photothek S. 1/3
Stefan Saumer S. 1/7/9/11/14
Dominik Sackmann S. 2
Rita Schwarzelühr-Sutter/SPD S. 5
Adobe Stock S. 6/7/12/13/14/15/16
Tobias Haas S. 10
Werner Konold S. 10/11
Dagmar Engesser S. 13

GUT AUFWACHSEN IN STARKEN FAMILIEN

Wenn in Familien das Geld knapp ist oder Zeit für einander – oder beides, haben die Kinder weniger Chancen für ihr Leben. Wir wollen das ändern.

» Die **Kindergrundsicherung**: Mit dem **neuen Kindergeld** bekommen die mehr, die es brauchen. Und mit **kostenfreien Angeboten** zum Beispiel für Ganztagsbetreuung, für den Schulbus, die Musikschule oder den Sportverein haben ALLE bessere Chancen auf ein gutes Aufwachsen.

» Mehr **Zeit für Familie** – natürlich auch für Väter: Das machen wir möglich, zum Beispiel mit der **Elternschaftszeit** nach der Geburt des Kindes, mit der **Familienarbeitszeit** oder mit dauerhaft deutlich **mehr Kinderkrankentagen**.

So viel haben Kinder monatlich FÜR IHRE ENTWICKLUNG,

wenn die Eltern ...
... **wenig Geld** haben. ... **viel Geld** haben.

Ein herzliches Dankeschön

Liebe Mitbürger*innen,

die Landtagswahl liegt nun schon ein paar Monate zurück und die anstehende Bundestagswahl dominiert die politische Welt.

Als Kandidatin bei der Landtagswahl ist es mir dennoch sehr wichtig, mich auf diesem Weg bei Ihnen zu bedanken: für die vielen konstruktiven Gespräche, die ich mit Ihnen in dieser Zeit führen durfte, für den zahlreichen Zuspruch, den ich erhalten habe sowie für die Unterstützung verschiedenster Art- nicht zuletzt durch ihre Wahlentscheidung. Herzlichen Dank!

Für mich war es eine sehr interessante Erfahrung, die mich zum einen in meiner persönlichen Entwicklung weitergebracht und gleichzeitig in meinen politischen Haltungen gestärkt hat.

In den Gesprächen mit Ihnen, liebe Mitbürger*innen, habe ich erfahren dürfen, was für Sie wichtig ist und was Sie sich von der Politik in Land und Bund zukünftig wünschen. Besonders wichtig waren und sind die Themen Klimaschutz und Wohnen, welche glücklicherweise auch im aktuellen Bundestagswahlkampf Schwerpunktthemen der SPD sind.

Beiden Bereichen ist gemeinsam, dass die damit verbundenen Herausforderungen alle Generationen betreffen. Doch gerade das Thema Wohnen möchte ich als Sozialarbeiterin und -demokratin an dieser Stelle noch einmal hervorheben.

Wohnraum zu haben, bedeutet einen Schutz- und Rückzugsraum zu haben. Es bedeutet, dass man hier ganz sich selbst sein kann. Wohnraum zu haben, bedeutet einen Platz in unserer Welt zu haben. In meinem Beruf erlebe ich täglich Menschen, die in unserer Region nach einem geeigneten Wohnraum suchen. Hierbei geht es schon lange nicht mehr um den „perfekten Wohnraum" oder, dass jedes Kind sein eigenes Zimmer hat. Es geht schlicht und einfach darum, nicht mehr zu fünft in einer zwei-Zimmerwohnung leben zu müssen oder als Doppelverdiener*innen mehr als ein Gehalt für die Miete aufbringen zu müssen.

Wenn uns eine starke Mitte der Gesellschaft auch zukünftig wichtig ist, dann müssen wir jetzt beim Thema „Wohnen" handeln. Dazu muss von staatlicher Seite bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, dafür benötigt es kluge Konzepte der Quartiersentwicklung in welchen z.B. den Kommunen eine vermittelnde Rolle zukommt und dafür braucht es eine bundesweite Mietenregulierung.

Denn:
„Grund und Boden ist keine beliebige Ware, sondern eine Grundvoraussetzung menschlicher Existenz. Boden ist unvermehrbar und unverzichtbar. Er darf daher nicht dem unübersehbaren Spiel der Marktkräfte und dem Belieben des Einzelnen überlassen werden. Mehr als andere Güter muss der Boden in den Dienst des Allgemeinwohls gestellt werden. Er ist eine wesentliche Grundlage der Daseinsvorsorge."
Hans-Jochen Vogel, SPD

Als Kreisrätin und SPD Ortsvereinsvorsitzende ist es mir wichtig, Ihre und die Themen unserer Region auch weiterhin auf den entsprechenden Ebenen einzubringen und politisch zu vertreten. Wenn Sie also Fragen, Ideen oder Anliegen haben, dann melden Sie sich gerne bei mir.

Jetzt wünsche ich Ihnen eine spannende Lektüre und viel Freude mit unserer Zeitung. Diese kann dank eines großen ehrenamtlichen Engagements sowie Spenden der Sozialdemokrat*innen unseres Ortsvereins, bereits zum vierten Mal erscheinen.

Herzliche Grüße
Ihre Jennifer Sühr

Wir machen Zukunft.

Olaf kann Kanzler

Angst vor der Zukunft? Die kann man schon bekommen, wenn man an die vielen Krisen und Bedrohungen unserer heutigen Zeit denkt. COVID-19 hat gezeigt, wie schnell ein scheinbar sicheres Umfeld bedroht werden kann. Und die Klimakatastrophe rückt immer näher. Der einzelne ist da hilflos. Schutz bietet nur eine starke Gemeinschaft, ein aktiver, funktionierender Staat mit einer Regierung, die Probleme löst und die Zukunft gestaltet. Eine Regierung unter Führung von Olaf Scholz und der SPD.

Für eine gute Zukunft muss der Staat die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen.

Mit dem dringend notwendigen Klimaschutz verändert sich unsere Energieversorgung, wie wir produzieren und konsumieren. Unsere Kinder und Enkel sollen noch eine Welt haben, in der sie leben können. Nicht irgendwie, sondern gesund, in Wohlstand und Frieden.

Eine SPD geführte Regierung wird erreichen, dass Deutschland der erfolgreiche Wirtschaftsstandort mit guten Arbeitsplätzen bleibt. Dafür werden wir in Wissenschaft, Forschung und die Entwicklung modernster Technologien investieren und Produkte anbieten, die überall auf der Welt gebraucht werden. Die Digitalisierung ist eine Chance, unser Leben besser und leichter zu machen. Und wir brauchen ein Gesundheitssystem, das beste medizinische Versorgung für alle bietet.

Sozialökologischer Wandel für ein klimaneutrales Deutschland!

Den digitalen und ökologischen Wandel sehen wir als Chance. Durch die Förderung von Innovationen können wir international dauerhaft wettbewerbsfähig bleiben und schaffen zukunftsfähige Arbeitsplätze. Wir wollen vorangehen im weltweiten Kampf für eine gesunde Umwelt. Um Klimawandel, Artensterben und übermäßigen Rohstoffverbrauch zu stoppen, wird sich die Art und Weise, wie wir in Europa leben, konsumieren und produzieren, grundlegend ändern. Das gelingt nur, wenn sich ein Bundeskanzler dafür Tag für Tag einsetzt. Uns ist wichtig, dass es dabei sozial gerecht zugeht, damit sich nicht nur Reiche den Wandel leisten können.

Wir sorgen dafür, dass spätestens bis zum Jahr 2040 unser Strom vollständig aus erneuerbaren Energien, vor allem Wind und Sonne, kommt. Deutschland muss schnellstmöglich klimaneutral sein. Dafür machen wir Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Stromnetze. Wir brauchen neue Stromspeicher und eine nachhaltige Wasserstoffproduktion. Das bringt auch neue, gut bezahlte Arbeitsplätze.

Es muss für alle möglich sein, schnell und zuverlässig von A nach B kommen, und zwar klimafreundlich. Wir fördern die Entwicklung und Produktion von E-Autos und wollen mindestens 15 Millionen in diesem Jahrzehnt in Deutschland auf die Straße bringen. Mit einem Mobilitätsplan 2030 wollen wir vor allem dem öffentlichen Nahverkehr und dem Schienenverkehr einen kräftigen Schub geben. Bahnfahren durch ganz Europa soll zukünftig günstiger und attraktiver als Fliegen sein.

» Mein Versprechen: Ich werde die großen Zukunftsaufgaben wie den Klimaschutz, die Digitalisierung und eine gute Gesundheitsversorgung mit aller Kraft anpacken. Und dies mit Respekt gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern. «

Olaf Scholz, Kanzlerkandidat

» Für mich ist die SPD die einzige Partei, die von jeher dafür steht, dass es um jede und jeden in der Gesellschaft geht. Sie ist eine soziale Partei, die eine bessere Zukunft durch demokratische Politik für möglich hält und ohne Ressentiments auftritt. «

Bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Wohnen ist Menschenrecht. Darum muss Wohnen bezahlbar sein. Wir schaffen mehr Wohnraum durch den Bau von jährlich 400.000 Wohnungen, davon sind 100.000 öffentlich gefördert. Wir werden den Anstieg der Mieten bremsen, indem Mieten in angespannten Wohnlagen zeitlich befristet nur in der Höhe der Inflationsrate steigen dürfen. Die Mietpreisbremse werden wir entfristen und die Mietenspiegel im Sinne der Mieterinnen und Mieter verbessern.

Soziale Sicherheit für alle!

Wir werden Familien besser unterstützen. Durch eine Kindergrundsicherung, die aus Geld und besseren Bildungs- und Freizeitangeboten für alle Kinder besteht. Sie ermöglicht allen Kindern ein gutes Aufwachsen. Kitas und Krippen sollen beste Betreuung, Bildung und Ganztagsangebote bieten, gebührenfrei. Außerdem freie Fahrt für Kinder in Bussen und Bahnen im Nahverkehr. Das Kindergeld wird existenzsichernd sein und automatisch ausgezahlt. Und es folgt der Logik: Je größer der Unterstützungsbedarf der Familie, desto höher das Kindergeld.

Alle Menschen sollen sicher sein können, auch wirtschaftlich Krisen gut zu überstehen. Wer länger in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, soll zukünftig auch länger Arbeitslosengeld I beziehen. Und wir werden statt „Hartz IV“ ein unkompliziertes Bürgergeld einführen, das konsequent auf Hilfe und Ermutigung statt auf Sanktionen setzt. In den ersten zwei Jahren soll weder Vermögen noch Wohnungsgröße überprüft werden. Und wer sich weiterbildet, bekommt einen zusätzlichen Bonus.

Auch im Alter muss der gewohnte Lebensstandard gehalten werden können. Darum werden wir das Rentenniveau stabil halten. Eine Anhebung des gesetzlichen Rentenalters wird es mit uns nicht geben.

Gesundheitsversorgung

Im Gesundheitswesen muss wieder die Gesundheit und nicht der Unternehmensgewinn Vorrang haben. Wir wollen ein modernes, zuverlässiges und flächendeckendes Krankenhaus- und Notfallversorgungssystem, das für jeden schnell erreichbar ist und das den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen dafür die Potenziale der Digitalisierung entschlossen nutzen, auch um Diagnosen zu verbessern. Und wir werden unsere Innovationskraft verstärkt einsetzen, um neue Therapieoptionen zu finden. Deutschland galt jahrzehntelang als „Apotheke der Welt“. Die klügsten Forscherinnen und Forscher fanden sich in deutschen Instituten, dort sammelten sie Nobelpreise, die weltbeste Medizinindustrie wurde hierzulande aufgebaut. Dort wollen wir wieder hinkommen. Das gelingt durch gezielte Förderung von Innovationen und neuen Methoden wie zum Beispiel zuletzt bei BioNTech, dem Entwickler des wichtigsten Impfstoffs gegen das Coronavirus.

Der Mensch steht im Mittelpunkt unseres Gesundheitssystems, darum reformieren wir die Krankenhausfinanzierung. Und wir beenden die Zweiklassenmedizin durch die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, in der alle gleich gut behandelt werden. Wir wollen höhere Löhne für Pflegekräfte, denn nur Applaus ist einfach nicht genug. Gleichzeitig werden wir den Eigenanteil für Pflegebedürftige mit kleinen und mittleren Einkommen deckeln. Gute Pflege muss für alle bezahlbar sein.

Digitale Souveränität in Deutschland und Europa

Eine digitale Infrastruktur auf Weltniveau – bis 2030. Das ist unser Anspruch. Eine Verwaltung, die den Bürgerinnen und Bürgern einfachen, digitalen Zugang zu ihren Leistungen ermöglicht; digital erstklassig ausgestattete Schulen; schneller, sicherer und bezahlbarer Internetzugang für alle. Dazu gehören auch ein starker Verbraucherschutz im Netz sowie Regeln, die verhindern, dass Computerprogramme bestimmte Gruppen diskriminieren. Wir werden Start-ups fördern und die Marktmacht der großen digitalen Plattformkonzerne begrenzen. Und wir sorgen dafür, dass jede und jeder Kontrolle über die eigenen Daten hat.

Um all dies zu erreichen werden wir Geld in die Hand nehmen, der Staat muss kräftig investieren. Aber nicht die Bürger*innen mit normalen und kleinen Einkommen sollen das bezahlen. Sie leisten längst genug, daher wollen wir für die große Mehrheit die Steuern senken. Wer ein sehr hohes Einkommen hat, kann aber mehr leisten. Das gilt auch für globale Digitalkonzerne, die sehr viel Geld verdienen, oft aber kaum Steuern zahlen. Dafür hat Olaf Scholz mit der Vereinbarung einer globalen Mindeststeuer für Unternehmen, auf die sich 130 Staaten einigten, den Grundstein gelegt.

Olaf Scholz wird mit einer Zukunftsregierung unser Land nach vorne bringen.

Eine solidarische Gesellschaft, ein unterstützender, gut funktionierender Staat, öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Wissenschaft und Forschung, eine kraftvolle Wirtschaft, ein starkes, souveränes Europa, zukunftsfähige Arbeitsplätze und der Kampf gegen den Klimawandel – das gehört alles zusammen.

■ *Bernd Engesser*

Dafür steht die SPD.

Bei der Diskussion von Wahlergebnissen werden regelmäßig Umfragen veröffentlicht bei denen die Wählerinnen und Wähler sagen, sie wüssten nicht wofür die SPD steht. Hier haben wir einige wichtige Kernaussagen des Wahlprogramms in gekürzter Form aufgelistet. Wer es genauer wissen will, findet das komplette Zukunftsprogramm im Internet unter **www.spd.de**.

Auszüge aus dem Wahlprogramm der SPD:

■ Wir werden dafür sorgen, dass wir unseren Strom spätestens bis zum Jahr 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen.

■ Wir wollen dafür sorgen, dass alle dazu geeigneten Dächer eine Solaranlage bekommen. In einem ersten Schritt sorgen wir dafür, dass auf öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten Solar-Strom erzeugt wird. Unser Ziel ist eine Solaranlage auf jedem Supermarkt, jeder Schule und jedem Rathaus.

■ Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für einen ticketfreien Nahverkehr unterstützen wir.

■ Wir werden ein Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen einführen.

■ Der Zugang zum Netz muss bezahlbar sein. Für Bürger*innen mit geringem Einkommen, für Schüler*innen und Studierende werden wir darum einen Sozialtarif für den Netzzugang schaffen.

■ Wir wollen die Kommerzialisierung im Gesundheitswesen beenden, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, sollen verpflichtend und weitestgehend wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen.

■ Die Finanzierung der in diesem Zukunftsprogramm formulierten Schwerpunkte stellen wir sicher. Dazu werden wir die verfassungsrechtlich möglichen Spielräume zur Kreditaufnahme nutzen.

■ Wir werden eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranzieht.

■ Für diejenigen, die besonders viel verdienen, halten wir zudem an dem Aufschlag von drei Prozentpunkten zur Einkommensteuer fest. Er soll künftig bei Verheirateten für den zu versteuernden Einkommensanteil oberhalb von 500.000 Euro im Jahr, bei Ledigen ab 250.000 Euro im Jahr gelten.

■ Wir wollen die Vermögensteuer wieder in Kraft setzen. Wer sehr viel Vermögen hat, muss einen größeren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. Deshalb werden wir unter anderem einen maßvollen, einheitlichen Steuersatz von einem Prozent für sehr hohe Vermögen einführen.

■ Wir werden eine Finanztransaktionssteuer einführen, möglichst im Einklang mit unseren europäischen Partnern.

■ Die Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung ist unanständig. Wir werden diese Praxis zurückdrängen.

■ Wir werden den gesetzlichen Mindestlohn zunächst auf mindestens zwölf Euro erhöhen.

■ Leiharbeiter*innen werden ab dem ersten Tag den gleichen Lohn erhalten wie Festangestellte.

■ Grundsätzlich sollen Beschäftigte bei einer Fünf-Tage-Woche mindestens 24 Tage im Jahr mobil oder im Homeoffice arbeiten können.

■ Wir wollen die gesetzliche Rente stärken und stehen für eine dauerhaft stabile Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent.

■ Wir lehnen eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab,

■ Mieten können für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden.

■ Die Kindergrundsicherung besteht aus einem neuen existenzsichernden, automatisch ausgezahlten Kindergeld, das nach Einkommen der Familie gestaffelt ist – je höher der Unterstützungsbedarf, desto höher das Kindergeld.

■ Der monatliche Basisbetrag dieses neuen Kindergeldes wird bei zirka 250 Euro liegen. Der Höchstbetrag wird sich an den Ausgaben von Familien mit mittleren Einkommen für Bildung und Teilhabe orientieren und mindestens doppelt so hoch sein wie der Basisbetrag.

■ Gleichberechtigung ist auch eine Frage der politischen Repräsentation. Darum setzen wir uns für Paritätsgesetze für den Bundestag, die Länder und Kommunen ein, damit alle Geschlechter in gleichem Maße an politischen Entscheidungen beteiligt sind.

■ Wir bleiben beim Nein zu gentechnisch veränderten Pflanzen.

■ Es ist ein großer Erfolg der SPD, dass ein nationales Lieferkettengesetz auf den Weg gebracht werden konnte. Wir werden es konsequent weiterentwickeln.

zusammengestellt von Hajo Glissmann

Wofür wir stehen. Was uns antreibt.
Wonach wir streben.
Das Zukunftsprogramm der SPD
finden Sie unter www.spd.de

10 DINGE, AN DENEN DIE SPD SCHULD SEIN WIRD.

1. Sichere Arbeit, höhere Löhne durch 12 Euro Mindestlohn & mehr Tarifbindung.
2. Abschaffung von sachgrundlos befristeten Arbeitsverträgen.
3. Klimaneutralität bis 2045 & massiver Ausbau erneuerbarer Energien.
4. Bürgerversicherung statt Zwei-Klassen-Medizin.
5. Bürgergeld statt Hartz IV.
6. 400.000 neue Wohnungen pro Jahr, darunter 100.000 Sozialwohnungen, für gerechte Mieten & bezahlbares Wohnen.
7. Mehr Steuergerechtigkeit & Einführung Finanztransaktionssteuer auf börsliche & außerbörsliche Finanztransaktionen.
8. Bessere Löhne und mehr Personal in der Pflege.
9. Einführung Kindergrundsicherung zur Bekämpfung von Kinderarmut & Stärkung der Chancengleichheit.

10 DINGE, AN DENEN DIE SPD SCHULD IST.

1. Kohleausstieg, Klimaschutzgesetz & Milliardenprogramm für Klimaschutz.
2. Steuersenkung durch Soli-Abschaffung für 90 % der Beschäftigten.
3. Einführung Grundrente & Rentengarantie bis 2025.
4. Corona-Hilfspakete & erhöhtes Kurzarbeitergeld.
5. Brückenteilzeit & Stärkung des sozialen Arbeitsmarkts.
6. Einführung Mindestausbildungsvergütung, Verbot von Werkverträgen in der Fleischindustrie, Stärkung der Menschenrechte durch Lieferkettengesetz.
7. Übernahme von 50 % der Zusatzbeiträge der Krankenversicherung durch Arbeitgeber (vorher 0 %).
8. Mehr Kindergeld & Milliardenpaket für gute Kitas.
9. Stärkerer Mieterschutz & 5 Milliarden Euro für den Wohnungsbau.
10. Aktive Bekämpfung von Steuerhinterziehung/ Steuerbetrug und Schaffung von Transparenz bei Nebeneinkünften von Abgeordneten.

Herausgeber: SPD-Parteivorstand, Willy-Brandt-Haus, 14.1.1993 Berlin

Wir sind auch in Zukunft gern schuld an einer Politik, die das Leben der Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land verbessert.

Bundestagswahl – wie geht's?

Bei der Bundestagswahl am 26. September haben alle Wahlberechtigten zwei Stimmen.

Mit der ersten Stimme wählt man einen der Kandidierenden aus seinem Wahlkreis. Wer von den in einem der 299 Wahlkreise antretenden Kandidierenden die meisten Stimmen erhält, kommt in den Bundestag. Sie erhalten ein Direktmandat und vertreten ihre Region und die Menschen dort im Bundestag.

Die zweite Stimme entscheidet über die Anzahl der Sitze einer Partei im Bundestag. Denn mit ihr wählt man eine Partei und die Parteien bekommen anhand ihres Anteils an den insgesamt abgegebenen Stimmen einen prozentualen Anteil an Sitzen im Parlament. Vereinfacht gesagt: Wenn eine Partei 25% der Zweitstimmen hat, bekommt sie 25% der Sitze im Bundestag. Dies gilt jedoch nur, wenn sie die sogenannte 5%-Hürde überschreitet und mehr als fünf Prozent der Stimmen erhält. Die zugeteilten Sitze werden mit Politiker*innen aus vorher bestimmten Landeslisten besetzt.

So ist mit beiden Stimmen gesichert, dass jede Region im Parlament vertreten ist.

Die Sitzvergabe läuft so, dass zuerst die Direktmandate verteilt werden und die übrigen Plätze einer Partei dann über die Listen besetzt werden. Hat man also einen vorderen Platz auf der Liste, dann steigt die Wahrscheinlichkeit, dass man ein Mandat bekommt.

Auch das noch: Überhangmandate? Ausgleichsmandate?

Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei bei der Wahl zum Bundestag mehr Direktmandate über die Erststimmen erhält, als ihr Sitze im Bundestag gemäß der Anzahl der Zweitstimmen zustehen. Das hat zur Folge, dass im Bundestag mehr als 598 Abgeordnete sitzen. Die jeweilige Partei kann also mehr Abgeordnete bestellen, als ihr der Anteil an den Zweitstimmen verspricht.

Durch die Ausgleichsmandate wird die Gesamtzahl der eigentlich 598 Sitze so lange vergrößert, bis die Überhangmandate im Sinne der Verhältnismäßigkeit ausgeglichen sind und sie für eine Partei keinen relativen Vorteil mehr darstellen. Dies geschieht ab dem dritten Überhangmandat einer Partei. Die den einzelnen Parteien zugewiesenen Sitze werden auf die Landeslisten der Parteien nach ihrem dortigen Zweitstimmenanteil verteilt, wobei auf jede Landesliste mindestens so viele Sitze entfallen wie die Partei im Land Direktmandate erworben hat.

■ *Marlene Greiwe*

Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit verbinden

So stellt sich das unsere Kandidatin Rita Schwarzelühr-Sutter vor.

Klimaschutz muss für die nächste Bundesregierung höchste Priorität haben. Klimaschutz ist eine Querschnittsdisziplin, in der künftig alle Ressorts leisten müssen. Das SPD-geführte Umweltministerium hat in der zu Ende gehenden Legislaturperiode mit dem Klimaschutzgesetz gegen viele Widerstände einen Masterplan durchgesetzt, der nun alle Bundesministerien auf Meilensteine verpflichtet, die konsequent überprüft werden. Kann man das toppen?

Da Klimaschutz das Top-Thema für die nächste Regierung sein muss, steht er auf der Agenda fast aller Parteien ganz oben und überlagert sich vor der Bundestagswahl im Kern. Wer mit dem Thema gewinnen will, muss sagen, wie echter Klimaschutz funktioniert, was dafür notwendig ist und wie die Rechnung für Bürgerinnen und Bürger im Plus aufgeht. Am Ende sind sie es, die fossile Gewohnheiten ersetzen wollen durch eine neue Lebensweise, die auf einer Stromver-sorgung mit Erneuerbaren Energien und einer nachhaltigen und innovativen Wirtschaft basiert.

Ich sage ganz bewusst ‚wollen', denn viele Komponenten des Klimaschutzes haben Wurzeln in einer dezentralen Struktur. Angefangen bei den Erneuerbaren Energien, deren schnellen und naturverträglichen Ausbau wir brauchen, um die Energiewende zu schaffen. Dieser Ausbau beginnt vielerorts in den Kommunen: Wind- und Wasserkraft, Sonnenstrom und Solarthermie. In erster Linie für den Eigenbedarf bestimmt, aber teilweise auch schon mit beachtlichen Überschüssen für den deutschen Strom-Markt. Auf der Basis von Betreiber-Genossenschaften, in denen als Bürgerinnen und Bürger mitbestimmen und mitverdienen.

So kommen wir zum Wollen. Weil alle etwas davon haben und deshalb mitmachen.

Klimaschutz kann auch durchgesetzt! werden. Ein Klimaschutzministerium mit Vetorecht installieren, Ziele drastisch verschärfen und durchregieren.

Allein ein grüner Anstrich reicht für die Veränderung unserer Lebensweise, die den menschengemachten Klimawandel aufhalten soll, nicht aus. Und Baden-Württemberg ist ein Beispiel für das, was eine grün-schwarze Landesregierung für den Klimaschutz tatsächlich erreicht – jedenfalls nicht das Klimaziel 2020 in Baden-Württemberg. Grün ist also nicht automatisch ein Erfolgsprogramm.

Die Themen sind ‚grün', weil wir damit das Bild eines grünen Planeten verbinden und die natürlichen Ressourcen unseres Daseins. Es geht nicht nur darum, das Bild zu erhalten, sondern es geht darum, dass jeder einzelne von uns Verantwortung übernimmt für eine neue Lebensqualität, die unsere planetare Zukunft sichern wird. Und zwar auf eine Weise, die es uns allen möglich macht, ein Elektroauto zu fahren und Nahrung zu kaufen, die nachhaltig produziert wird. Um es klar zu sagen: Klimaschutz darf nicht zum CO_2-Ablasshandel werden, den sich nur leisten kann, wer über das dafür notwendige Geld verfügt.

Was ist sozial gerecht? Ein Pro-Kopf-Kickback von 75 Euro als Ausgleich für einen symbolisch hohen CO_2-Preis von 60 Euro pro Tonne schon ab 2023 ist es jedenfalls nicht. Vielmehr sind Anreize notwendig für Wirtschaft und Konsumenten, sich Vorteile durch umweltfreundliches Handeln zu verschaffen. Bei gleichzeitig angepasst wachsendem CO_2-Preis, den irgendwann nur noch die Ewig-Gestrigen bezahlen müssen.

Klimaschutz muss sich natürlich für die Gesellschaft, aber auch für jeden einzeln lohnen. Wer kein Auto fahren will und stattdessen lieber regelmäßig in die Bahn steigt, hat ein Jahresticket für 365 Euro verdient. Grün-Schwarz hat´s in Baden-Württemberg versäumt. Wer in einem Haus zur Miete wohnt, das weiter mit fossilen Brennstoffen beheizt wird, darf nicht mit 100 Prozent der CO_2-Abgabe allein gelassen werden. Der Vermieter modernisiert schneller und profitiert umso mehr, wenn er für die Sanierungsmaßnahme nicht nur gefördert, sondern auch zur Kasse gebeten wird, wenn er nichts tut. Das haben CDU/CSU verhindert. Wer aufs Rad umsteigt, weil das E-Bike die zusätzlich gesundheitsfördernde Alternative zum Auto ist, muss sich darauf verlassen können, dass die Radverkehrsinfrastruktur sichere Wege eröffnet. Wer das Homeoffice dem täglichen Weg ins Büro vorzieht, muss über eine schnelle Internetverbindung arbeiten können. Wer einen der gut bezahlten Jobs von morgen haben möchte, die mit umweltfreundlichen Innovationen in der Wirtschaft geschaffen werden, muss gleiche Bildungschancen haben. Und Familien brauchen die Gewissheit, dass der ökologische Wandel nicht ihre soziale Sicherung in Frage stellt.

Klimaschutz ist nicht nur in der Regierung Querschnittsdisziplin. Jeder muss die Möglichkeit haben, daran mitzuwirken. Aus Respekt und für den Zusammenhalt. Wir als SPD müssen darauf achten, dass dabei niemand zurückbleibt. Denn auch, wenn Grün sich jetzt häufiger Rot kleidet, waren wir es, die in der zu Ende gehenden Legislatur dafür gesorgt haben, dass Deutschland 2020 seine Klimaziele erreicht und einen Masterplan bis 2045 hat.

■ *Rita Schwarzelühr-Sutter*

*Zum Bundestagswahlkampf unterwegs im Dreisamtal: Rita Schwarzelühr-Sutter und die Genoss*innen von Kirchzarten (v.l.) Markus Millen, Claudia Glissmann, Simon Strum werben auf der Wochenmarkt in Kirchzarten für die SPD, Olaf und natürlich für die Kandidatin des Wahlkreises 288.*

Mit der Wirtschaft im Gespräch: Mit Vertretern der Holzwirtschaft sprachen Rita Schwarzelühr-Sutter und unsere Vorsitzende Jennifer Sühr bei den Dold Holzwerken über die aktuelle Marktlage und Wege zu den Klimazielen.

Der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien und der sozial-ökologische Wandel in Gesellschaft und Wirtschaft sind die zentralen Themen des Wahlkampfs.

Biografisches | Rita Schwarzelühr-Sutter wurde am 13. Oktober 1962 als drittes Kind eines KFZ-Mechanikers und einer Hausmeisterin in Waldshut geboren. Dort verbrachte sie auch ihre Jugend. Nach dem Abitur studierte Rita in Freiburg und Zürich **Wirtschaftswissenschaften** und schließt mit dem Lizenziat/ Dipl. Betriebswirtin (Universität Zürich) ab. Mit ihrem Mann und ihren zwei Söhnen lebt sie inzwischen in Lauchringen. Rita ist bis heute in der **Anti-Atom-Bewegung**. Seit 1994 ist sie **Mitglied der SPD** und 2020 wurde sie zur **Stellvertretenden Landesvorsitzenden** gewählt. Während der Familienphase arbeitete sie für ihre Vorgängerin im Deutschen Bundestag. Ehrenamtlich engagierte sie sich als Turnvereinsvorsitzende, Gemeinde- und Kreisrätin. **Mitglied des Deutschen Bundestages** ist Rita von 2005 bis 2009 und von 2010 bis heute. 2013 wurde Rita Schwarzelühr-Sutter **Parlamentarische Staatssekretärin** bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Damit ist sie von Amts wegen auch **Aufsichtsratsvorsitzende** der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS), **Kuratoriumsvorsitzende** der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und Mitglied im Mittelstandsbeirat der KfW.

Vier Fragen an Rita Schwarzelühr-Sutter

Welche Werte sind Dir wichtig?
Die soziale Gerechtigkeit auf dem gemeinsamen Weg zur echten ökologischen Verantwortung. Die Politik, die dafür notwendig ist, muss transparent sein und die Bürgerinnen und Bürger beteiligen: an den Entscheidungen, die unsere Lebensweise verändern werden und am Nutzen, der sich daraus ergibt. Wir haben nur eine Chance, unseren Planeten gemeinsam vor der Klimakatastrophe zu bewahren.

Warum sollte man Dich wählen?
Mein Ziel ist, dass der sozial-ökologische Wandel gelingt. Deutschland muss spätestens 2045 treibhausgasneutral sein. Ich empfinde es als meine Verantwortung, die Wirtschaft mit klimafreundlichen Innovationen zu modernisieren und sichere, gut bezahlte Arbeitsplätze für morgen zu schaffen und der nächsten Generation ein gutes Leben zu ermöglichen. Das wäre bei einem Kanzler Olaf Scholz, der SPD und bei mir in guten Händen.

Was hast Du als Abgeordnete in der letzten Wahlperiode erreicht?
Die SPD hat in großer Geschlossenheit in der Koalition vieles durchgesetzt, was uns in der Pandemie stark gemacht hat, ohne dass wir unsere langfristig wichtigen Ziele wie beispielsweise Klimaschutz, umweltfreundliche Digitalisierung und Sicherheit im Alter aus den Augen verloren haben. Ich persönlich habe dafür gesorgt, dass in meinem Wahlkreis alles das ankommt, was notwendig ist, um unsere ländliche Region fit zu machen für die Zukunft.

Bei welchen Entscheidungen hattest Du Bauchschmerzen, weil Du mehr wolltest, als die Koalition hergegeben hat?
Als das Bundesverfassungsgericht die Regierung zur Nachbesserung des Klimaschutzgesetzes verpflichtet hat, lag der Entwurf zur Novelle quasi schon bei uns im Bundesumweltministerium in der Schublade. Das war mir eine Genugtuung, denn in der ersten Gesetzesrunde waren mit CDU/CSU einige dieser wirklich unverzichtbaren Klimaziele einfach nicht zu machen. Das war schmerzhaft, konnte aber durch unsere Vorarbeit im Juni geheilt werden.

Ohne Moos nix los

Parteienfinanzierung in Deutschland

Neben allen anderen Regeln in unserem Land hat auch die Parteienfinanzierung ihre Grundlage im Grundgesetz. Artikel 21 Absatz 1 sagt: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit". Das wiederum führt zur Verpflichtung des Staates, die Parteien finanziell bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

Die klassischen Einnahmen der Parteien sind die Mitgliedsbeiträge, Mandatsträgerbeiträge (Sonderabgaben der gewählten Abgeordneten) sowie Spenden. Die staatlichen Mittel werden gemäß Parteiengesetz auf alle Parteien in Deutschland verteilt, die der Bundestagsverwaltung einen jährlichen Rechenschaftsbericht vorlegen.

Die Bundestagsverwaltung veröffentlicht die Rechenschaftsberichte. Darin werden unter anderem Spender genannt, die mehr als 10.000 Euro im Berichtsjahr gespendet haben. Interessante Lektüre!

Anspruch auf staatliche Teilfinanzierung haben alle Parteien, die bei der jeweils letzten Europa- oder Bundestagswahl mindestens 0,5 Prozent oder bei einer der letzten Landtagswahlen mindestens 1 Prozent der Erststimmen erreicht haben. Für die ersten 4 Millionen Stimmen erhalten die Parteien 1,03 Euro pro Stimme, für jede weitere Stimme 0,85 Euro.

Darüber hinaus erhalten die Parteien 45 Cent für jeden Euro, den sie in Form von Mitgliedsbeiträgen, Mandatsträgerbeiträgen und Spenden von natürlichen Personen erhalten haben. Die Spender bekommen eine Spendenbescheinigung und erhalten über ihre Einkommensteuererklärung 50 Prozent der Spende vom Staat zurück.

Insgesamt gibt es eine Obergrenze. Die staatlichen Mittel dürfen nicht höher sein als die von den Parteien selbst erwirtschafteten Einnahmen. Dies traf 2016 auf sieben Parteien zu. Mit anderen Worten hätten damals die AfD, PIRATEN, Tierschutzpartei, NPD, DIE PARTEI, BP, GRAUE PANTHER und NRW mehr Geld bekommen, wenn ihre eigenen Einnahmen höher gewesen wären. Eine bunte Mischung, die bereits darauf hindeutet, dass viel mehr Parteien öffentliche Gelder erhalten als im Bundestag vertreten sind.

2018 beschloß der Bundestag über eine Änderung im Parteiengesetz für 2019 eine Erhöhung der staatlichen Förderung auf 193,5 Millionen Euro. Davon entfallen auf die sieben im Bundestag vertretenen Parteien 188,4 Millionen und auf 14 weitere Parteien insgesamt 5,1 Millionen Euro.

Alle Oppositionsparteien lehnten die Erhöhung ab und die Grünen, FDP und Linke sind dagegen gemeinsam vors Verfassungsgericht gezogen. Die AfD wollte sich daran beteiligen, dies lehnten die anderen Parteien aber ab. Die Entscheidung des Verfassungsgerichts ist noch offen.

Schaut man sich die Rechenschaftsberichte der Parteien aus dem Jahr 2019 an (Zahlen aus 2020 sind noch nicht veröffentlicht) so erfährt man, dass lediglich die SPD und die Linke mehr als 30 % ihrer Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen erzielen. Staatliche Mittel machen bei der SPD 33 % der Einnahmen aus, bei den Linken 44 %.

> Für jeden Euro, den die Parteien in Form von Mitgliedsbeiträgen, Mandatsträgerbeiträgen und Spenden von natürlichen Personen erhalten haben, bekommen sie 45 Cent vom Staat.

Die Grünen nehmen 23 % aus Mitgliedsbeiträgen ein aber 40 % aus der staatlichen Förderung. Die FDP kommt auf 25 % Mitgliedsbeiträge und 42 % staatliche Förderung. Die Grünen, die Linke und die FDP erhalten demnach über 40 % ihrer Mittel aus der staatlichen Förderung und werden deshalb besonders von der Erhöhung profitieren. Der Gang vors Verfassungsgericht ist damit einfach nur scheinheilig und verlogen zu nennen. Diese drei Parteien wollen sich als „die Guten" gegenüber den Wählern profilieren während die Regierungsparteien „die Bösen" sind, die sich bereichern wollen.

Ein Sonderfall ist die AfD, die lediglich 15 % der Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen erreicht und 39 % aus der staatlichen Förderung. Die AfD hat 2019 aber 13 % ihrer Einnahmen als „sonstige Einnahmen" verbucht. Sonstige Einnahmen spielen bei allen anderen Parteien keine Rolle. Bei der AfD verbergen sich dahinter 2,9 Millionen Euro an Erbschaften, 2018 waren es mit 7,1 Millionen Euro und 27 % der Einnahmen noch deutlich mehr. Traurig, keine Angehörigen zu haben, denen man sein Vermögen vererben möchte und auch sonst keine Ideen, wie man Gutes hinterlassen kann. Wenn man das Internet nach den Finanzen der AfD durchsucht, tauchen ständig die Worte „Verschleierung", „verboten", „zwielichtig", „Spendenaffäre" und „Strafzahlung" auf.

Die SPD dagegen setzt als Partei mit den meisten Mitgliedern auf die Möglichkeiten der Eigenfinanzierung und hat für 2020 deshalb die Mitgliedsbeiträge erhöht.

Wir im Dreisamtal sind besonders stolz darauf, unsere regelmäßig erscheinende Zeitung größtenteils durch Spenden finanzieren zu können. Dafür möchten wir unseren Leserinnen und Lesern an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön sagen!

■ *Hajo Glissmann*

Kinder und Linke

Wer Kindern sagt
Ihr habt rechts zu denken
Der ist ein Rechter
Wer Kindern sagt
Ihr habt links zu denken
Der ist ein Rechter

Wer Kindern sagt
Ihr habt gar nichts zu denken
der ist ein Rechter
Wer Kindern sagt
Es ist ganz gleich was ihr denkt
Der ist ein Rechter

Wer Kindern sagt
was er selbst denkt
und ihnen auch sagt
dass daran etwas falsch sein könnte
der ist vielleicht
ein Linker

gefunden in:
Erich Fried, Es ist was es ist,
Wagenbach Verlag, 1994

Der Neoliberalismus ist gescheitert. Wir brauchen einen aktiven Staat.

Sie ist technisch möglich, energiewirtschaftlich sinnvoll und vor allem, sie ist eine aktive Maßnahme gegen den Klimawandel. Gemeint ist die Überbauung von Verkehrsflächen mit Photovoltaikmodulen. Zum Beispiel bei der B31.

Trotzdem werden solche Projekte nur zögernd umgesetzt. Es fehlt unter anderem am Investitionskapital. Und das hat politische Gründe.

1979 wurde Margaret Thatcher britische Premierministerin, 1981 wurde Ronald Reagan Präsident der Vereinigten Staaten. Und seit dieser Zeit denken die meisten Regierungen fast nur im Sinne einer einzigen Wirtschaftsideologie: dem Neoliberalismus.

Seit 40 Jahren handeln viele Regierungen nach der Doktrin, dass der Staat wirtschaftlich zurückgedrängt werden muss und alles dem „freien Spiel der Märkte" überlassen werden soll. Es zählen nur die Gewinne in der Bilanz. Externe Kosten, also Kosten die in der Bilanz nicht auftauchen, weil die Allgemeinheit sie tragen muss, werden billigend in Kauf genommen. Auch wenn dies Kosten in Form von Umweltschäden oder Mängel im Gesundheitswesen bedeutet.

Das Gemeinwohl und nichtmaterielle Werte sind immer weniger wert.

Der Neoliberalismus hätte 40 Jahre lang zeigen können, dass er tatsächlich für die Menschen einen Mehrwert schaffen kann. Dass er in der Lage ist, Probleme zu lösen. Aber das Gegenteil ist geschehen: die Umweltzerstörung und der Klimawandel wurden nicht gestoppt. Im Gesundheitswesen, besonders in den Kliniken, ist der Gewinn wichtiger als die Gesundheit der Menschen.

Deutschland könnte bei konsequenter Nutzung aller Möglichkeiten energieautark werden.

Deutschland gibt seit langem jedes Jahr zwischen 45 und 60 Milliarden Euro für den Import von Öl und Gas aus. Milliarden, die aus unserem Wirtschaftskreislauf abfließen. Kapital das wir gut brauchen könnten, um Erneuerbare Energien aus Deutschland zu fördern und nutzbar zu machen. Würde dieses Energiepotential konsequent genutzt, blieben diese Milliarden im Land.

Jetzt fließen diese Summen in den Kassen der Ölmultis und häufig auch diktatorischen Regimen zu.

Das Versprechen des Neoliberalismus war, dass dadurch, dass man es Reichen ermöglicht, immer reicher zu werden, auch für den Rest der Menschheit „etwas abfallen würde", alle also ein bisschen reicher würden.

Tatsache ist aber: Die Schere zwischen Armen und Reichen geht immer weiter auf. Heute können Superreiche zu ihrem Vergnügen mit Raketen ins All fliegen, 20 Minuten Raumflug kosten 250.000 US-Dollar. Gleichzeitig wird aber zum Beispiel diskutiert, die ökologisch sinnvollen Buslinien von Kirchzarten nach Zarten aus Kostengründen einzustellen.

Nach 40 Jahren „freiem Spiel der Märkte" ist es eine Tatsache: es wird viel zu wenig Geld in Maßnahmen gegen den Klimawandel investiert! Der Neoliberalismus zerstört die Lebensgrundlagen der Menschen!

In Krisen wie der drohenden Klimakatastrophe braucht es einen aktiven Staat!

Betrachtet man die Wirtschaftsgeschichte seit Beginn der Industrialisierung, so zeigt sich klar: Krisen wurden immer nur durch aktives Staatshandeln überwunden. Das beste Beispiel ist der „New Deal" des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, mit dem die Wirtschaftskrise 1933 bis 1938 in den USA überwunden wurde.

Die aktuelle US-Regierung unter Joe Biden investiert Billiarden US-Dollar um die Klimakrise zu stoppen.

Kennzeichen der Maßnahmen beider US-Regierungen im Mutterland des Kapitalismus: Sozialreformen und direkte Intervention in die Wirtschaft. Auch durch direkte Investitionen in Infrastruktur.

Dass dies auch außerhalb wirtschaftlicher Krisen sinnvoll ist, zeigt das Appollo-Raumfahrt-Programm: innerhalb weniger Jahre gelang den USA im „Wettkampf der Systeme" mit der UdSSR durch direkte staatliche Investitionen die Mondlandung.

Neoliberalsimus bedeutet: Gönnen wir den Reichen den Flug ins All, die gehbehinderte Seniorin aus Zarten wird schon jemanden finden, der sie zum Arzt nach Kirchzarten fährt!

Ein aktuelles Beispiel für technologischen Fortschritt dank staatlicher Kapitalspritze ist der Elektrofahrzeugpionier TESLA: Um die Elektromobilität voran zu bringen, erhielt TESLA von der US-Regierung eine Finanzspritze von einer halben Milliarde US-Dollar. Erst danach begann TESLAs Erfolgsgeschichte. Elon Musk, der Held der Ideologen des Neoliberalismus, hat für seine verschiedenen Unternehmen inzwischen Geldspritzen in Höhe von 4,9 Milliarden US-Dollar von der US-Regierung erhalten. Auch das im Bau befindliche Werk in Deutschland kommt nur durch hohe Finanzspritzen des Bundes und des Landes Brandenburg zustande.

Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte weltweit zeigen, dass Krisen, wirtschaftliche Umbrüche und technologische Disruptionen immer nur durch direkte Staatseingriffe bewältigt werden. Es ist immer das gleiche Muster erkennbar: die Gesellschaft und die Wissenschaft identifizieren Bereiche, in denen Handlungsbedarf besteht (z.B. die drohende Klimakatastrophe), die Regierungen beschließen Rahmenbedingungen und Zielrichtung der notwendigen Investitionen (z.B. Ausbau der Erneuerbaren Energien) und investieren direkt und stellen Investitionskapital zur Verfügung.

Es bleibt nicht mehr viel Zeit!

Es ist entscheidend, dass dieses Kapital schnell wirksam werden kann. Die in Europa so beliebten, aber komplizierten Förderprogramme ermöglichen das nicht, es benötigt dringend Direktinvestitionen! Der Staat muss seine Verkehrsflächen in einer ersten Phase selbst aktiv mit Photovoltaikmodulen überbauen. Der Staat muss seine eigenen Gebäude mit Modulen bestücken (Was beispielsweise die grüne Landesregierung in Baden-Württemberg nicht macht).

Der Staat muss also den Markt aktiv verändern. Der Staat wird als Investor ersten Grades benötigt, als „Seed-Investor", wie es in den Wirtschaftswissenschaften so schön heißt.

Wenn das geschehen ist, kann unter Beachtung der staatlich vorgegebenen Rahmenbedingungen Privatkapital den Prozess fortführen. Dann kann der Markt seine Fähigkeiten ausspielen.

Die Zeit drängt, wir haben noch knapp 6,5 Jahre bis das globale CO_2-Budget aufgebraucht ist und die Erde unumkehrbar 1,5°C wärmer wird.

■ *Bernd Engesser*

MODERNE WIRTSCHAFT

Ein moderner Staat investiert langfristig und ermöglicht Innovationen, die allen nützen.

- Wir **investieren** kräftig in die Zukunft – mindestens **50 Milliarden Euro pro Jahr** – in Digitalisierung, Bildung, Infrastruktur, klimafreundliche Mobilität und in den ökologischen Umbau der Wirtschaft.
- Wir fördern besonders die Unternehmen, die **sozial, gesellschaftlich und ökologisch Verantwortung** übernehmen.
- Wir werden **europaweit führend** bei **Start-up-Unternehmen**, z. B. durch besseren Zugang zu Projektförderung und zu dem nötigen Kapital.

„Knopf drauf!“ … … oder „ich mache

Wohnbau Kirchzarten – vom mutlosen Scheitern einst gut gemeinter Absichten

In den Wahlprogrammen der Parteien zur Kommunalwahl 2019 und dem Vorbericht der BZ vom 15. Mai 2019 klang alles noch ganz anders …

CDU
„Schaffung günstiger gemeindeeigener Wohnungen mit Sozialbindung“
„Um preiswerten Wohnraum anbieten zu können, werden sich die Kommunen in nächster Zeit selbst engagieren müssen“

DIE GRÜNEN
„… setzen uns ein „für bezahlbaren Wohnraum“.
„Investitionen in den sozialen Wohnungsbau mit mietpreisgebundenen Wohnungen.“
„was den Wohnungsbau angeht, ist für die GRÜNEN preiswerter Wohnraum in der Rangfolge wichtiger als ein Hotel!“

SÖW
„ein besonderes Augenmerk soll auf das bezahlbare Wohnen gelegt werden“

FWG
Die „Freien Wähler“ haben sich vornehm zurückgehalten. Sie sehen in dieser Frage weniger die soziale Dimension und vertrauen dem freien Wohnungsmarkt.

Am 29. Juli 2021 ist die Entscheidung im Kirchzartener Gemeinderat gefallen, die Gemeinde verabschiedet sich von den Plänen, in Eigenregie bezahlbaren/sozialen Mietwohnraum zu schaffen. Mit Stimmen der CDU, der FWG, der Grünen und des SÖW hat der Gemeinderat entschieden, das eigene Grundstück im Kirschenhof im Erbbaurecht zu vergeben, möchte dabei aber gleichzeitig größtmöglichen Einfluss auf Bebauung, Belegungsrechte und Miethöhe ausüben. Für viele Kirchzartener Bürger*innen wurde eine große Chance vertan, dem ausdrücklichen Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum nachzukommen. Für die SPD-Fraktion hat sich Kirchzarten damit endgültig vom „bezahlbaren und/oder sozialen Wohnbau“ verabschiedet. Ein Bericht einer mutlosen Entscheidung.

Absichtserklärungen

Bereits im Februar 2012 wurde in einer Beratungsvorlage zum Thema „Neustrukturierung des gemeindeeigenen Wohnungsgebäudebestandes“ dem Gemeinderat ein Papier vorgelegt, in welchem als Ziel festgelegt wurde, dass auch in Zukunft einkommensschwachen Bürgern gemeindeeigener Wohnraum zur Verfügung gestellt werden soll! Zur Umsetzung dieses Zieles heißt es u.a. „Neubau von sozial geförderten Wohnungen durch die Gemeinde“! Zur Finanzierung sollte der Verkauf von Grundstücken mit gemeindeeigenen, sanierungsbedürftigen Wohngebäuden dienen. Diese Erlöse könnten zur Finanzierung des Gebäudes im Kirschenhof dienen und die Höhe der notwendigen Kreditaufnahme wesentlich verringern! Inzwischen wurde das Grundstück mit Wohngebäude in der Schulhausstraße 20 verkauft, ein weiteres Grundstück in der Schauinslandstraße soll folgen. Doch außer der Absichtserklärung aus dem Jahr 2012 ist leider nichts geschehen. Nichts geworden ist auch aus dem Wahlversprechen unseres Bürgermeisters Andreas Hall aus dem Jahr 2016: „Ich sehe es als Pflicht der Gemeinde an, in unserem überhitzten Wohnungsmarkt aktiv mitzuwirken. Unseren Wohnungsbestand möchte ich weiter ausbauen, um günstiges Wohnen zu ermöglichen“. (Zitat aus dem Wahlprospekt)

Die Entscheidung

4.920.000 Euro prangen in größtmöglichen Zahlen an der Leinwand – die Gestehungskosten falls die Gemeinde die Bebauung Kirschenhof selbst in die Hand nimmt. Das sind 4.432,43 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche. Mit der Wohnraumförderung durch die L-Bank könnten acht geförderte Wohnungen mit einer Miete von 8,33 Euro pro Quadratmeter und neun frei finanzierte Wohnungen mit einer Miete von 14,09 Euro pro Quadratmeter zur Gegenfinanzierung entstehen. So weit, so gut. Die Gegenfinanzierung ist notwendig, weil die Förderung der L-Bank von 80% (bei 20% Eigenbeteiligung) nur bis maximal 3.500 Euro/qm Gestehungskosten greift. Die 4.400 Euro/qm liegen da deutlich darüber, was eine Finanzierung der Lücke über Darlehen bedeutet. Es folgen weitere Charts in nicht weniger großen Lettern, über eine notwenige Stammkapitalerhöhung zur Finanzierung der Eigenleistungen, dass nur die laufenden Aufwendungen berücksichtigt sind, nicht die Tilgungen, dass eine Deckungslücke entsteht, die durch die Gemeinde auszugleichen ist und der Eigenbetriebe dadurch ein zusätzliches Minus erwirtschaftet.

Das Projekt wurde möglichst unattraktiv, nicht finanzierbar und nicht leistbar dargestellt, um letztlich „einen Knopf dran” zu machen. Leider den falschen. Was eigentlich eine Chance gewesen wäre, Pläne und Ausschreibungsunterlagen des bereits fertig gestellten, angrenzenden Bauverein-Projektes zu übernehmen und damit das Kostenrisiko zu minimieren, wurde letztlich ins Gegenteil umgekehrt.

Eine Frage des Wollens

Was nicht zu sehen und zu spüren war, ist der unbedingte Wille, das Projekt zu realisieren. Warum muss z.B. ein Grundstückspreis von 660 Euro pro Quadratmeter zugrunde gelegt werden, wo doch umliegende Grundstück zu 550 Euro verkauft wurden? Und die Gemeinde den Grundstückspreis sogar noch niedriger ansetzen könnte. Warum kann im bezahlbaren Wohnungsbau bei der Kalkulation der Wohnungsmieten nicht auf die kalkulatorische Grundstücks- und Eigenkapital-Verzinsung verzichtet werden? Warum spielt die KFW-Förderung (Energieeffizienz 55) von maximal 26.250 Euro pro Wohneinheit in der Verwaltungsberechnung keine Rolle? Warum wurde die geplante Quersubventionierung durch veräußerte Grundstücke nicht mit einberechnet, um die Gesamtkosten zu senken? Alles diente letztlich dazu, das Vorhaben schlecht zurechnen, als nicht realisierbar darzustellen. Oder in anderen Worten: Sie hat sich „die Welt so gemacht, wie sie ihr gefällt“. Was nicht gesucht oder gewollt wurde, waren Alternativen. Eine einzige Berechnung war die Messlatte zur Meinungsbildung.

Hier lohnt ein Blick über die Gemeindegrenzen hinweg nach Emmendingen. Dort hat es die Städtische Wohnbaugesellschaft, vergleichbar mit unserer Wohnbau Kirchzarten, mit dem sogenannten „Emmendinger Modell“ geschafft, Sozialwohnungen zu errichten. Das Vorgehen ist einfach: Ein Investor kauft städtisches Gelände, errichtet ein Gebäude, und verkauft es dann an die Stadt, die so dauerhaft Sozialwohnungen erhält. Dass eine städtische Wohnbau Gesellschaft dabei auch nachhaltig Werte schaffen kann, zeigt deren Entwicklung: Im Jahr 1984 mit einem Stammkapital von 50.000 Mark! gegründet, ist diese heute 12 Millionen Euro „schwer“, betreut und saniert den städtischen Wohnungsbestand und baut neue Sozialwohnungen. Und das bei einem Verwaltungskostenanteil von lediglich 11,38 Euro pro Quadratmeter und Jahr. (Quelle: Slyvia-Karina Jahn, Badische Zeitung vom 5.8.2021)

Es kam also, wie es kommen sollte

Der Gemeinderat hat sich mehrheitlich gegen den Bau in Eigenregie entschieden – das Kirschenhof-Grundstück wird durch Dritte bebaut. Dabei ging es nicht alleine um die Frage, wie das Grundstück Kirschenhof bebaut wird, es ging um die grundsätzliche Frage, ob die Gemeinde Kirchzarten überhaupt bereit ist, sich zukünftig im kommunalen, sozialen Wohnungsbau zu engagieren. Selbst wenn die Grundstücksvergabe im Erbbaurecht an Bedingungen geknüpft wird, hat die Gemeinde nur für einen geringen Anteil

MEHR BEZAHLBARE WOHNUNGEN

Wohnen ist kein Spielzeug für Zocker. Und kein Luxus für Reiche. Das muss für ALLE bezahlbar sein. Darum:

» **Mehr bauen! 400.000 neue Wohnungen** jedes Jahr. Und **100.000** davon öffentlich **gefördert**. Das wirkt dauerhaft am besten gegen steigende Mieten.

» Bis dahin wirkt der **Mietenstopp** – überall da, wo es notwendig ist: **keine Mietsteigerung** über der Inflation.

» **Vermieterinnen und Vermieter** sollen die Hälfte der **CO_2-Heizkosten** übernehmen. Das ist gerecht und sinnvoll.

Tempo machen für MEHR NEUE WOHNUNGEN

Wir wollen:

400.000

» **NEUE WOHNUNGEN JEDES JAHR.**

Bezahlbares Wohnen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vs. SPD

Häufig werde ich in politischen Debatten – gerade von gleichaltrigen Freunden – gefragt, warum man denn SPD wählen sollte. Insbesondere im Punkt „Soziales“ wollen doch die Grünen laut Wahlprogramm auch ganz viel tolle Sachen – nur halt mit bisschen mehr Klima und Öko. Also warum SPD wählen und nicht gleich das öko-soziale „Rundum-sorglos-Paket“ der Grünen?

Ganz einfach: Weil die SPD im Zweifelsfall immer den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Das Soziale hat für uns Priorität – das haben wir bereits unzählige Male (Grundrente, Mindestlohn, Ehe für Alle, Brückenteilzeit, Kindergeld, Soli-Abschaffung etc.) unter Beweis gestellt. Im Zweifel knicken hingegen die Grünen immer wieder ein. Wie das dann in der politischen Umsetzung aussieht, möchte ich an einem konkreten Thema festmachen: bezahlbares Wohnen. Dabei werde ich die Wahlprogramme außer Acht lassen (viel aufschreiben kann jeder). Mir geht es um konkrete Gesetze und mehrheitsfähige Politik in der Praxis.

Wohnen wird immer teurer. Insbesondere in Ballungszentren wird Wohnraum knapp und immer weniger Familien können sich urbanes Leben leisten. Eigentlich sollten Mieter*innen nicht mehr als 30 Prozent ihres monatlichen Nettoeinkommens für Mieten ausgeben. Bei dieser Zahl lachen jedoch mittlerweile die meisten Familien und Paare. Laut dem Deutschen Mieterbund fehlen in Deutschland schon jetzt über 630.000 Wohnungen. Im ersten Quartal 2021 zogen die Mieten von Bestandwohnungen mit einer Steigerung von 1,8 Prozent so stark an wie seit fünf Jahren nicht mehr. Dabei gäbe es zahlreiche Stellschrauben, die zur Entspannung des Wohnungsmarktes helfen könnten. Doch allesamt setzen die Erkenntnis voraus: Der Markt regelt einen Scheiß!

Mittlerweile haben Personen ab einem Einkommen von ca. 50.000 Euro jährlich einen Anspruch auf einen Berichtigungsschein für geförderten Wohnraum (je nach Ort). Das heißt konkret: Wohnen ist kein alleiniges Problem unterer Einkommensschichten, sondern betrifft mittlerweile die Mehrheit der Bevölkerung. Deswegen hat die SPD

mir die Welt, wie sie mir gefällt.“ Frei nach Pippi Langstrumpf

„Andere können das besser als wir.“
Andreas Hall, Bürgermeister

„Die Schaffung von günstigem Wohnraum ist keine Pflichtaufgabe der Gemeinde.“
Barbara Schweier, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN und stellv. Bürgermeisterin

„Günstiger Wohnraum ist nur im Altbestand möglich.“
Barbara Schweier

„17 Wohnungen sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein.“
Martin Götz, Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender CDU Ortsverband Kirchzarten

Mit Mut-, Ideenlosigkeit und Ausreden lassen sich keine Baulücken mit sozialem Wohnraum füllen.

der Wohnungen ein Belegungsrecht, keinen Einfluss auf die Miethöhen der frei finanzierten Wohnungen und überhaupt keinen Einfluss mehr, wenn nach 15 bis 20 Jahren die Bindungsfristen für die Belegungsrechte und die Mietpreisbindung für die sozial geförderten Wohnungen abgelaufen sind.

Es ging aber auch um eine fundamentale Richtungsentscheidung, den Erhalt des sozialen und gesellschaftlichen Gefüges in Kirchzarten. Wir müssen Menschen, die hier das Zusammenleben gestalten, die sich mit Kirchzarten identifizieren, auch die Möglichkeit geben hier leben zu können. Die Schaffung von Wohnraum ist dabei das eine. Entscheiden zu können, wer diesen Wohnraum nutzen kann, das andere.

Bezahlbar – für wen?

Schaffen wir bezahlbaren Wohnraum, ohne gewisse Regulation, dann generieren wir nur noch mehr Zuzug von außen mit all den damit verbundenen Konsequenzen, wie z.B. Errichtung neuer Betreuungseinrichtungen, höhere Verkehrsbelastung, ... Finanzstarke Bauträger sichern sich attraktive Grundstücke (im Innerort), kleine Häuser werden abgerissen, größtmögliche Mehrfamilienhäuser darauf errichtet. Bezahlbarer Wohnraum kommt am Ende dabei immer raus. Es kommt nur darauf an, für wen. Es mag vermessen klingen, aber in der aktuellen Situation haben wir als Gemeinde davon wenig, bis nichts.

Dass der neugeschaffene Wohnraum schnell an Mann und Frau gebracht werden kann, ob vermietet oder verkauft, wird auch dadurch begünstigt, dass wir in Kirchzarten „paradiesisch“ leben, um nur einen Begriff aus der Umfrage** zu zitieren. Und wir tun sehr viel dafür, dass es auch so ist und bleibt (Infrastruktur, Verkehrsanbindung, Einkaufsmöglichkeiten im Innerort, Freizeitgestaltung, Vereinsleben). 99 Prozent der Befragten leben gern in der Gemeinde. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Hier müssen wir dringend mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln, wie Bebauungsplänen oder gemeindeeigenem Wohnbau, gegensteuern.

Wie schwierig ist es zum Beispiel geworden, Erzieher*innen für unsere eigenen, kommunalen Einrichtungen zu gewinnen? Nicht zuletzt spielt hier die „Un-Möglichkeit“ eine Rolle, nahe am Arbeitsplatz wohnen zu können.

Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg!

Kommunaler, sozialer Wohnungsbau heißt auch immer, dass eine Gemeinde bereit sein muss, diese Projekte zu subventionieren. So wie z.B. Schwimmbad, Kinderbetreuung, Schulsozialarbeit, Tourismus ebenfalls gefördert und unterstützt werden. Dass dies funktionieren kann, haben die Wirtschaftlichkeitsberechnungen vom Oktober 2018 für dieses Projekt bereits gezeigt. In der damaligen Berechnung sind auch Abschreibung, Verwaltungskosten, Instandhaltungskosten und Mietausfallwagnis berücksichtigt, und es konnten für Kirchzartener Verhältnisse sehr günstige Mieten erzielt werden. Es ist für die SPD-Fraktion nicht nachzuvollziehen, dass durch die zögerliche Haltung der Mehrheit im Gemeinderat und der Verwaltung das damalige Konzept nicht zügig umgesetzt wurde. Außerdem ist die Kredit-Refinanzierung – insbesondere bei den zurzeit niedrigen Zinsen – problemlos möglich. Darüber hinaus würden Vermögenswerte für die Gemeinde geschaffen.

Dass wir als SPD-Fraktion immer schon Bauen in Eigenregie durch die Gemeinde selbst präferieren, ist bekannt. Der freie, gewinnorientierte Markt hat nicht unbedingt die Zielsetzung, Wohnraum auch für einkommensschwächere Bevölkerungsschichten und Einheimische zu schaffen. Genau diese Zielsetzung wurde durch die Mut- und ideenlosen Mehrheitsentscheidung verspielt. Es bleibt zu hoffen, dass der Gemeinderat für das Grundstück in der Gartenstraße und den vielbeschriebenen fünften Wohnhof mehr Visionen an den Tag legt, als zuletzt bewiesen. Wir jedenfalls haben welche!

■ *SPD-Fraktion im Gemeinderat Kirchzarten: Sabine Beck, Peter Meybrunn, Benny Rudiger, Stefan Saumer*

---

im Bund in der letzten Legislatur einiges auf den Weg gebracht: Durch die Wohnraumoffensive der SPD wurden in den letzten drei Jahren über 1,2 Millionen Wohnungen und Eigenheime gebaut – für weitere 700.000 Wohnungen liegen bereits Baugenehmigungen vor. Mit fünf Milliarden Euro hat die SPD in der vergangenen Legislatur Sozialwohnungen gefördert. Die Mietpreisbremse wurde um weitere fünf Jahre verlängert, verschärft und zu viel gezahlte Miete kann für bis zu 30 Monate zurückgefordert werden. Durch eine Grundgesetzänderung ist es der SPD überhaupt erst gelungen, dass der Bund direkt in den sozialen Wohnungsbau investieren kann. Die Länder hatten zuvor jahrelang Investitionen in den Wohnungsbau versäumt. Zudem hat die SPD einen Meilenstein gegen die CDU durchgeboxt: Das Baulandmobilisierungsgesetz.Durch die Stärkung der Kommunen bei den Vorkaufsrechten, der Erleichterung von Baugeboten und dem neuen sektoralen Bebauungsplan können Kommunen auch in Innenstadtbereichen bestimmen, dass ein Mindestanteil an bezahlbaren Wohnungen und Sozialwohnungen gebaut werden muss.

Und die Grünen? Die sprechen zwar in ihrem Wahlprogramm von massiven Investitionen beim bezahlbaren Wohnen, aber überall dort, wo sie in Regierungsverantwortung sind, machen sie eine mieterfeindliche Politik. Konkrete Beispiele: Die Hälfte aller teuersten Städte Deutschlands liegen in Baden-Württemberg. Spitzenreiter ist dabei Stuttgart. Baden-Württemberg wird bekanntlich seit 10 Jahren grün regiert. Doch in den letzten fünf Jahren glänzte die Landesregierung vor allem durch Stillstand. Die Wohnraumoffensive im Ländle liegt brach. Bisher hat die Landesregierung ausschließlich Schönheitskorrekturen wie die Wiedervermietungsprämien oder Wohnungstauschbörsen eingeführt – bisher haben dadurch ganze 40 Wohnungen Prämien erhalten. Ein schlechter Witz. Mehrmals haben die Grünen gegen mehr Investitionen in den Wohnungsbau gestimmt. Auch haben die Grünen geschlossen gegen eine dringende Gründung einer Landeswohnungsbaugesellschaft gestimmt. Härter gehen die Grünen eigentlich nur noch in Schleswig-Holstein gegen Mieter vor: Dort wurde von einer CDU/Grüne/FDP-Regierung die Mietpreisbremse abgeschafft. Als ob das nicht schon Mieterklatsche genug wäre, hat die Landesregierung auch die Senkung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen beschlossen. Heißt konkret: Mieten dürfen von Kommunen nicht mehr begrenzt werden. Doch das kann ja alles dem grünen Eigenheim-Besitzer egal sein, die Duplex-Garage finanziert sich auch so.

Es macht also doch einen Unterschied, wer in Deutschland politische Verantwortung übernimmt.

■ *Pavlos Wacker, #SozialePolitikFürDich*

» Durch die Wohnraumoffensive der SPD wurden in den letzten drei Jahren über 1,2 Mio. Wohnungen und Eigenheime gebaut. «

Der Link zum Post von Pavlos Wacker auf Facebook:

Auf die Mischung kommt es an

Einkaufen im Dreisamtal

Immer noch Großbaustelle: Edeka Barwig – der größte Discounter Kirchzartens. Aufgrund von Lieferengpässen lässt die Wiedereröffnung noch auf sich warten.

Fotos rechts: ZO – ein Einkaufsmagnet im Freiburger Osten mit einem „dm", den sich viele auch für Kirchzarten wünschen.

Wer im Dreisamtal für den täglichen Bedarf einkaufen will, findet viele schöne kleine Läden. Dünn sieht es dagegen bei Märkten für den großen Familieneinkauf aus. Ein großzügiger Supermarkt ist nicht vorhanden – ebenso fehlt es an einem Drogeriemarkt. 2018 hat die letzte kleine Drogerie in der Kirchzartener Fußgängerzone dichtgemacht. Sie hatte eine Verkaufsfläche von 300 Quadratmeter – ein durchschnittlicher dm-Markt ist mehr als doppelt so groß. Ein durchschnittlicher Laden der Edeka Südwest ist über 1.200 Quadratmeter groß. Im Dreisamtal sind alle Märkte der Edeka-Familie kleiner – selbst der größte unter den Kleinen, der Barwig-Edeka, kommt nur auf rund 1.000 Quadratmeter. Nun ist dieser Markt wegen Umbaus auch noch seit Monaten geschlossen.

Dass es keinen wirklich großen Markt im Dreisamtal gibt, ist kein Zufall, sondern das gewollte Ergebnis politischer Entscheidungen. Barwig hätte sich im Zuge des laufenden Umbaus gerne vergrößert, darf dies aber nicht. Auch ein dm würde sich bei einer adäquaten Verkaufsflächengröße sicherlich ansiedeln. Dies verhindert derzeit das Einzelhandelskonzept der Gemeinde Kirchzarten. Das Konzept unterbindet unter anderem, dass in Gewerbegebieten am Ortsrand bestimmte Artikel verkauft werden können – diese sollen nur im Innerort angeboten werden dürfen. So entsteht den qualitativ hochwertigen Geschäften im Ort keine Konkurrenz auf der grünen Wiese bzw. im Gewerbegebiet und das Zentrum bleibt lebendig. Diesem Versuch, den Markt zu zähmen, mag man durchaus etwas abgewinnen. Wahrscheinlich hat das Konzept in der Vergangenheit dazu beigetragen, Läden im Innerort vor Discountern zu schützen. Aber diese Form des Protektionismus birgt auch Risiken – auch für die kleinen Geschäfte, die man eigentlich schützen will.

> » Eine Gemeinde wie Kirchzarten sollte sich selbstbewusst als Zentralort des Dreisamtals und nicht als Vorort Freiburgs verstehen. «

Bei einer Umfrage der Gemeinde Kirchzarten in diesem Jahr kam heraus, dass zu den Dingen, die in der Gemeinde am meisten vermisst werden, ein Drogeriemarkt und ein Supermarkt gehören. Das hat Folgen: Viele Kundinnen und Kunden orientieren sich um. Viele wandern, gerade in Zeiten der Pandemie, ins Internet ab. Auch die monatelange Schließung des Edeka Barwig wirkt sich aus. Bei der Umfrage gaben fast zwei Drittel der Teilnehmenden an, normalerweise einmal oder mehrmals pro Woche bei Barwig zu kaufen. Diese Personen suchen sich aktuell andere Geschäfte. Immerhin fast ein Drittel gab bei der Umfrage an, einmal oder mehrmals wöchentlich auswärts einkaufen zu gehen. Viele zieht es nach Freiburg ins Zentrum Oberwiehre (ZO), das man bequem mit dem PKW ansteuern kann und das von REWE über Alnatura bis dm alles bietet, was man für den Großeinkauf benötigt. Das Problem daran: Wer, weil im Dreisamtal eine Drogerie fehlt, zum dm ins ZO fährt, kauft dort womöglich auch gleich im Reformhaus ein, geht dort womöglich auch gleich noch zur Apotheke, zum Metzger oder zum Bäcker – und tut dies nicht im Dreisamtal. Wenn bestimmte Segmente im Dreisamtal fehlen, weil sie politisch verhindert werden, zieht es die Kundschaft weg. Darunter könnten am Ende auch die kleinen Geschäfte leiden.

Daher sollte überlegt werden, ob das Einzelhandelskonzept vorsichtig angepasst werden kann, damit es nicht am Ende kontraproduktiv wirkt. Wer in den Markt eingreift, muss seine Interventionen immer wieder neu austarieren. Womöglich kann man auch mit gezielten Ausnahmegenehmigungen operieren. Das Beispiel des Kirchzartener Raiffeisenmarkts, der gerade erweitert wird, zeigt es: Die Vergrößerung kann dazu führen, dass der Dreisamtäler Heimwerker auch weiterhin vor Ort Schrauben und Dübel kaufen kann und nicht gezwungen ist, zu OBI und Co. nach Freiburg zu fahren oder im Netz zu ordern. Letztlich ist es eine Frage des Selbstverständnisses: Eine Gemeinde wie Kirchzarten sollte sich selbstbewusst als Zentralort des Dreisamtals und nicht als Vorort Freiburgs verstehen. Wenn man auch in puncto Einkaufen Zentrum sein möchte, ist zu fragen, wie bestimmte Geschäfte, etwa ein Drogeriemarkt, ermöglicht werden könnten. Die würde dazu beitragen, eine vielfältige, vitale Infrastruktur mit kleinen und größeren Geschäften zu erhalten.

■ *Sandra und Tobias Haas*

Fairer Handel im Dreisamtal

Seit 2006 gibt es in Kirchzarten den Weltladen in der Passage als Fachgeschäft für Fairen Handel. Für seine Eröffnung mussten erst einige Voraussetzungen geschaffen werden.

Damit für die Eröffnung eines Weltladens ein Träger vorhanden war, wurde der Verein „Aktion Eine Welt Dreisamtal e.V." im September 2002 gegründet. Nach wenigen Zwischenlösungen – Verkäufe an einem Marktstand, Verkauf in einer Fahrschule – fand sich endlich in der Passage (Freiburger Straße) ein Ladenlokal. Durch die Unterstützung eines der Inhaber des Gebäudes in der Passage, erhielt der Weltladen seine jetzige Bleibe. Die Mitarbeiter*innen müssen mit einer verhältnismäßig kleinen Verkaufsfläche zurechtkommen. Dort gibt es neben Kaffee, Tee, Schokolade und anderen Lebensmitteln ein attraktives Angebot an Kunsthandwerk.

Was hat 2002 eine Gruppe engagierter Männer und Frauen im Dreisamtal dazu gebracht, einen Verein zu gründen und einen Weltladen zu eröffnen? Die jahrzehntelange Entwicklungspolitik der Industrieländer, in die Hunderte von Milliarden Dollar bzw. Euro geflossen sind, hat nicht erreicht, dass weltweit alle Menschen satt und für ihre Arbeit gerecht bezahlt werden oder für ihre Erzeugnisse, z.B. in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, einen fairen Preis erhalten.

Noch leben 800 Millionen Menschen (Nachricht Tagesschau am 12.07.21) unter der Armutsgrenze, d.h. ihnen stehen nicht mehr als 1,60 Euro täglich zur Verfügung. Weitere 220 Millionen müssen mit weniger als 2,60 Euro auskommen. (Badische Zeitung vom 09.07.21). Mehr als eine Milliarde Menschen auf unserer Erde werden also nicht satt, obwohl das möglich wäre. Inzwischen wissen wir, dass für den Anbau von Futter-Soja für unseren Fleischkonsum in Argentinien und Brasilien die Böden ausgebeutet werden, bis diese nichts mehr hergeben. Immer noch wird Regenwald gerodet oder abgebrannt, werden Menschen von ihrem angestammten Land vertrieben und geraten ins Elend. Ausbeuterische Kinderarbeit in der Kakaobohnenproduktion ist nach wie vor an der Tagesordnung. Dazu kommt der Klimawandel. Afrika ist an dessen Entstehung nur zu sechs Prozent beteiligt, leidet aber weltweit am meisten unter den Folgen. Tausende junger Menschen haben dort keine Zukunftsperspektive. Kein Wunder, dass sie nach Europa drängen.

All diese Missstände bewegen Menschen bundes- und europaweit, sich für den Fairen Handel einzusetzen. Durch ihn wird garantiert, dass die Produzenten*innen – meistens Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Asien, Südamerika und Afrika - vom Verkauf ihrer Produkte ein menschenwürdiges Leben führen können. Auch wenn an der Börse die Kaffee- oder Kakaopreise fallen, erhalten sie einen festen Preis. Auch beim Anbau von Kakaobohnen ist es bis jetzt nicht gelungen, dass die Weltfirmen sich an humanitäre und ökologische Grundsätze halten. Glücklicherweise gibt es Ausnahmen wie den Chocolatier Zotter. Er gehört zu den acht besten Herstellern weltweit und achtet streng darauf, dass seinen Produkten keine Kinderarbeit anhaftet.

Neben Lebensmitteln gehört auch ein attraktives Angebot an Kunsthandwerk zum Sortiment des Weltladens.

Mit seiner Unterstützung hat der Weltladen Kirchzarten die Dreisamtäler Schokolade herausgebracht, eine Pralinenschokolade, die jährlich ab September verkauft wird. (Leider hat der Weltladen im Sommer keine Kühlmöglichkeit.) Für jeden Ort im Dreisamtal gibt es eine besondere Sorte.

Menschen, die sich im Fairen Handel engagieren, sind bemüht, durch ihren Einsatz dessen Marktanteil zu erhöhen, der beispielsweise bei fair gehandeltem Kaffee 2021 bei nur sechs Prozent lag. Der Anteil des Fairen Handels insgesamt beträgt ca. ein Prozent. Die Mitarbeiter*innen der rund 800 Weltläden in Deutschland entwickeln auch Vorstellungen für ihre Region, so auch im Dreisamtal. Sie wünschen sich, dass hier in allen Gemeindeverwaltungen und allen Betrieben fair

» Wir wünschen uns, dass in allen Gemeindeverwaltungen und allen Betrieben fair gehandelter Kaffee getrunken wird. «

gehandelter Kaffee getrunken wird. Das ist bis jetzt nur teilweise gelungen. Es ist immer wieder wichtig zu betonen, dass im Fairen Handel den Partner*innen auf Augenhöhe begegnet wird, sie nicht Empfänger*innen von Spenden sind, sondern das erhalten, was ihnen aufgrund ihrer Arbeit zusteht.

Die Arbeit des Weltladens und somit auch seine Zukunft hängt davon ab, dass sich immer wieder Menschen ehrenamtlich engagieren. Inzwischen ist die ‚Gründergeneration' in die Jahre gekommen. Wegen Corona waren die Öffnungszeiten monatelang stark reduziert. Erst allmählich kehrt Normalität zurück. Der Verein Aktion Eine Welt Dreisamtal hofft darauf, dass sich in nächster Zeit wieder mehr Menschen bereitfinden, zweimal monatlich vormittags oder nachmittags im Weltladen zu arbeiten.

Aktuelle Öffnungszeiten des Weltladens:
Di, Do, Fr 10 – 13 u.15 – 18 Uhr,
Sa 10 – 13 Uhr

■ *Kristin Ulrich*

Bei „Hohlgasse" denken sicherlich die meisten von uns an die eindrucksvollen, tief eingeschnittenen Lösshohlwege im Kaiserstuhl, die vor den großen Flurbereinigungen ab den 1960er Jahren das Gebiet in einem für Fremde rätselhaften Gewirr durchzogen haben. Hohlwege nur im Kaiserstuhl? Keineswegs! Auch in den Schwarzwaldvorbergen und im Schwarzwald finden wir beeindruckende Hohlwege – und natürlich auch bei uns im Dreisamtal. Speziell die Hänge um Oberried sind damit reichlich ausgestattet.

Wie kommen Hohlwege/Hohlgassen zustande? Hohlwege wurden nicht gegraben, sondern sind durch Erosion entstanden, können also nur an Hängen vorkommen. Oft sind es alte Wege, die sich schräg oder senkrecht zum Hang vom Hangfuß in die Höhe, etwa zu Viehweiden oder auch zu einem Hof oder Wohnplatz, zogen. Das Weidevieh, aber auch Zugtiere und Gespanne, später dann auch Maschinen, lockerten den Boden. Bei starken Niederschlägen wirkte der schon eingesenkte Weg als Wasserabzugsrinne, das Wasser schoss talabwärts, nahm den gelockerten Boden mit, grub sich in die Sohle ein und ließ die Böschungen einstürzen. Auf diese Weise wurden die Wege zu Hohlgassen, die im Laufe der Zeit immer tiefer, ja gar zu kleinen Schluchten wurden. Wiederum andere dieser Rinnen entstanden durch den Holztransport. Sie fungierten – im Übrigen zum Teil bis in die 1960er Jahre – als sogenannte Riesen, in denen man Baumstämme talabwärts schießen ließ; dies meist im Winter, wenn man die Riese mit Schnee auskleiden konnte. Natürlich war auch das „Riesen" mit Erosion verbunden. Wenn die Rinnen zu tief, damit die Sohlen zu schmal wurden, legte man daneben eine neue Riese an. Daher finden wir in den Wäldern nicht selten ganze Riesschwärme.

Die Hohlgassen sind wirklich eindrucksvolle Zeugnisse der früheren Landnutzung ganz generell, aber auch der Probleme, die damit verbunden waren. Wegen der Eintiefung, was ein spezielles Kleinklima nach sich zieht, und der Steilwände mit ihrem oft bizarren Baumbewuchs, die Spezialisten Lebensraum bieten, sind Hohlwege geschützte Biotope. Nicht wenige sind gefährdet durch Zuwachsen und die Ablagerung von Unrat. So verliert die Kulturlandschaft ganz wichtige Elemente und auch Geschichte!

■ *Werner Konold*

Durch Erosion entstanden, sind Hohlgassen geheimnisvolle Landschaftselemente und bedeutsame Lebensräume.

Eine Welt aus Plastik

Die Meere sind zur globalen Plastik-Mülldeponie geworden. 2050 wird der Kunststoffmüll in den Ozeanen mehr wiegen als alle Fische zusammen.

Etwa 1950 begann mit Entwicklung von PVC die Massenproduktion von synthetischen Materialien. Seit Anfang der 1950er-Jahre wurden weltweit mehr als neun Milliarden Tonnen Kunststoff hergestellt; über 75 Prozent davon sind heute Müll. Den größten Teil der Plastikprodukte sind Einwegprodukte und vor allem Verpackungen. Viele Produkte des täglichen Bedarfs werden nur einmal und meist auch nur kurz genutzt, bevor sie auf dem Müll landen. Beinahe die Hälfte aller Erzeugnisse ist nach weniger als einem Monat Abfall.

Pro Minute gelangt Plastik in der Größe einer Müllwagenladung ins Wasser. Die Meere sind zur globalen Plastik-Mülldeponie geworden. 2050 wird der Kunststoffmüll in den Ozeanen mehr wiegen als alle Fische zusammen. Nach Schätzungen der Umweltorganisation WWF kommen auf einen Quadratkilometer Meer bis zu 46.000 Teile Plastikmüll. Auf dem Boden der Nordsee wurden elf Kilo Müll pro Quadratkilometer ermittelt, hauptsächlich Plastik. Der Mülleppich allein im Nordpazifik soll eine Fläche von 1,6 Millionen Quadratkilometern haben; er wäre damit viermal so groß wie Deutschland.

Viele Kunststoffe enthalten gesundheitsschädliche Substanzen, die erst im Meer richtig freigesetzt werden. Eine Million Seevögel verenden pro Jahr, weil sie schwimmendes Plastik fressen. 100.000 Meeressäuger werden durch Plastik jährlich getötet. Die Tiere ersticken, erleiden tödliche Verstopfungen oder verhungern bei vollem Bauch. Es werden Wale gefunden, deren Mägen mit Plastik gefüllt sind.

Mit viel Aufwand versuchen private Initiativen, die Meere von Plastik zu reinigen. Beispielsweise die Umweltschutzorganisation „Sea Cleaners" oder das Umweltprojekt „The Ocean Cleanup". Im Spiegel war aber im August 2020 von einer ernüchternden Hochrechnung eines Forscherteams zu lesen: Selbst wenn 200 Müllsammler à la „The Ocean Cleanup" 130 Jahre lang rund um die Uhr auf den Weltmeeren unterwegs wären, könnten sie nur rund 45 000 Tonnen Müll von der Wasseroberfläche abschöpfen - fünf Prozent der Mengen, die auf den Weltmeeren zirkulieren. Deshalb wird überlegt, den Müll schon in den Flüssen abzufangen, bevor er ins Meer gelangt. Auch daran arbeitet „The Ocean Cleanup". Das Unternehmen hat ein Reinigungssystem für Fließgewässer entwickelt; Interceptor heißt eine in Flüssen verankerbare Sammelanlage, eine Art schwimmendes Fließband. Nach Angaben von „The Ocean Cleanup" sind tausend Flüsse, also etwa ein Prozent aller Flüsse, für etwa 80 Prozent des Plastikeintrags verantwortlich – und sollen innerhalb von fünf Jahren mit Interceptors ausgestattet werden.

Noch besser wäre es, würde dieser Plastikmüll erst gar nicht entstehen. An dem ständigen Wachstum des Plastikmülls ist der Internethandel ganz entscheidend beteiligt. Die Meeresschutzorganisation Oceana berechnete: Der Plastikmüll allein aus den Verpackungen des Internethandels wiegt demnach, aufs Jahr zusammengerechnet, 900 Millionen Kilogramm. Davon macht der Anteil von Amazon 211 Millionen Kilogramm jährlich aus, also 23 %, sagt Oceana.

Jeff Bezos Gründer und Hauptanteilseignet von Amazon ist der derzeit reichste Mann der Welt. Sein Milliarden-Reichtum ist also mit einigen Millionen Tonnen Luftkissen, Folien und Schaumstoffchips gepolstert. Statt zu seinem Vergnügen in den Weltraum zu fliegen, könnte er seine Milliarden dazu verwenden, Plastikmüll zu vermeiden und aktiv gegen ihn vorzugehen.

Und wir Verbraucher sollten stärker auf die Vermeidung von Plastikmüll achten: wenn schon Internet-Bestellungen, dann bei Versendern, die auf Plastik verzichten und deren Verpackung und Polsterung aus nachwachsenden Stoffen bestehen. Amazon ist da derzeit die schlechteste Wahl!

■ *Bernd Engesser*

Ausführliche aktuelle Informationen zum Thema: www.bund.net/service/publikationen/detail/publication/plastikatlas-2019/

KLIMASCHUTZ, DER GUTE ARBEIT SCHAFFT.

Bis spätestens 2045 wird Deutschland klimaneutral. Nicht nur wollen, sondern machen. Und es muss für alle funktionieren: bezahlbar, mit guten Jobs und Wohlstand auch morgen noch.

» Bis 2040 erzeugen wir **Strom vollständig aus Erneuerbaren Energien**. Wir digitalisieren die **Stromnetze** und fördern neue **Speichertechnologien**.

» Bis 2030 wird Deutschland führend bei **Wasserstofftechnologien**. Gezielte **Investitionen in Infrastruktur und Forschung** machen Klimaschutz zum Jobmotor.

» Wir **entlasten Mieter:innen** bei den CO_2-Heizkosten und schaffen bis 2025 die **EEG-Umlage** ab. Dadurch wird Strom billiger für alle.

BIS SPÄTESTENS
2045 »
WIRD DEUTSCHLAND KLIMANEUTRAL

Wir leben über unsere Verhältnisse

Unsere Erde macht das nicht mehr lange mit. Wir müssen unsere Art des Lebens ändern.

Menschen haben schon immer natürlich Ressourcen verbraucht – um Nahrungsmittel oder Bekleidung zu produzieren, um Behausungen oder Straßen zu bauen. Die längste Zeit der Menschheitsgeschichte konnten die verbrauchten Ressourcen nachwachsen und sich erneuern, bestand ein Gleichgewicht zwischen Verbrauch und Regeneration. Auch das was an CO_2 ausgestoßen wurde, konnten die Wälder wieder aufnehmen und binden.

Doch seit 1971 übersteigt der Ressourcenverbrauch der Weltgemeinschaft das, was ihr innerhalb eines Jahres an regenerativen Ressourcen zusteht und gleichzeitig werden immer mehr Treibhausgase in die Luft geblasen. Während in den 60er Jahren am Ende des Jahres noch Ressourcen übrig blieben, verschiebt sich seit Anfang der 70 Jahre der Zeitpunkt, an dem die natürlichen Ressourcen erschöpft sind, immer weiter nach vorne. In diesem Jahr war der sogenannte Weltüberlastungstag der 29. Juli. Wir verbrauchen also heute schon die Ressourcen von eineinhalb Erden, holzen Wälder ab, überfischen Meere, beuten Bodenschätze aus. Ginge diese Entwicklung so weiter, bräuchte die Menschheit im Jahr 2050 für ihren enormen Ressourcenbedarf zwei Erden. (Quelle: Wikipedia „Erdüberlastungstag")

Mit diesem hemmungslosen Ressourcenverbrauch ist ein steigender Ausstoß von Treibhausgasen, die von immer weniger Bäumen aufgenommen und neutralisiert werden können und die die Erde mehr und mehr aufheizen, verbunden.

Bisher waren die Horrorszenarien noch weit weg Schon vor über dreißig Jahren wiesen Wissenschaftler auf die dramatischen Folgen des Treibhauseffektes und der Überhitzung der Erde hin und haben Szenarien vorausgesagt, die wir heute hautnah zu spüren bekommen.

Die verheerenden Waldbrände in Australien und den USA in den vergangenen Jahren waren für uns relativ weit weg. Auch dass die Salomonen-Inseln aufgrund des steigenden Meeresspiegels zu verschwinden drohen, tangierte uns nicht sehr.

In diesem Jahr kamen die Auswirkungen des Klimawandels auch in Deutschland an

Das was wir bisher an Bildern aus Entwicklungsländern kennen, ist nun auch Realität in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Gebäude wurden wie Kartenhäuser weggeschwemmt, Straßen weggerissen, Gas-, Strom und Internetverbindungen und das Schienennetz zerstört. Und es gab Tote. Unfassbar, was diese durch Starkregen entstandenen Wassermassen angerichtet haben!

Ähnliche Hochwasserkatastrophen werden aus Berchtesgaden, London, China, Japan und den Philippinen gemeldet. Zeitgleich brennt die Tundra, wütet das Feuer in Kalifornien früher als bisher und sind Feriendomänen in der Türkei, Griechenland und Italien von Bränden bedroht.

Lange Zeit hat die Erde kompensiert, dass wir über unsere Verhältnisse leben. Jetzt beginnt etwas zu kippen und es wird höchste Zeit, dass dem Klimawandel eine schnelle und konsequente Politik entgegengesetzt wird. Wir müssen unsere Wirtschaft so schnell wie möglich dekarbonisieren und das fossile Zeitalter hinter uns lassen.

Das was bisher vereinbart ist, reicht bei weitem nicht aus, um die Erderwärmung auf 1,5-Grad zu begrenzen.

Während die Wirtschaft klimaneutral umgebaut wird, muss gleichzeitig in Klimaanpassungsmaßnahmen und Klima-Resilienz investiert werden, so die Umweltministerin Svenja Schulze von der SPD. Denn die Erderwärmung lässt sich nicht von heute auf morgen stoppen. Der Klimawandel wird weitergehen.

Das Nichtstun in Sachen Klimawende kommt uns teuer zu stehen: bei den Hochwasserkatastrophen in Rheinland-Pfalz und Nordrheinwestfalen entstanden Schäden ungeahnten Ausmaßes. Die Schäden an Straßen, Brücken, Leitungsinfrastruktur und Gebäuden gehen in die Milliarden.

Wälder müssen so aufgebaut werden, dass sie Wasser speichern können, Flächen müssen entsiegelt werden, damit das bei Starkregen anfallende Wasser aufgenommen werden kann und nicht schnell abfließt. Retentionsflächen müssen geplant und umgesetzt werden. Beim Wiederaufbau der durch das Hochwasser zerstörten Gebiete muss gefragt werden, ob Schienen- oder Straßenverläufe und Häuser nicht verlegt werden müssen, weg von Flüssen. Um der Überhitzung entgegenzuwirken müssen Wohnsiedlungen begrünt werden ... und Vieles mehr.

Beides – die ökologische Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft und die Klima-Anpassungsmaßnahmen – kostet Geld, viel Geld.

Doch wird dieses Geld nicht in die Hand genommen, dann sind die Kosten der durch das Nichtstun entstehenden Schäden viel höher. Der Staat kann das Geld in die Hand nehmen. Joe Biden macht es mit seinem Zwei-Billionen-Dollar-Programm vor.

Diese Transformation braucht aber auch einen starken Staat, der die Regeln vorgibt und zwar orientiert an der Wissenschaft und nicht am Lobbyismus, der auf egoistische Profitmaximierung aus ist und sich für das Allgemeinwohl nicht interessiert. Nicht nur die Autoindustrie hat mit ihrem Lobbyismus lange genug aktiv und betrügerisch eine ökologische Wende verhindert.

Die Transformation und die Kommunen

Das Geld, das der Staat in die Hand nimmt, muss aber auch bei den Kommunen ankommen, damit diese handlungsfähig sind. Sonst bleibt es dabei, dass zwar alle vom Klimaschutz reden und trotzdem nichts voran geht. Das zeigen viele kleine Beispiele auch im Dreisamtal:

Der Kindergarten in Zarten wird saniert und erhält einen Neubau. Doch anstatt auf ein innovatives und klimaneutrales Energiekonzept zu setzen, wird ein gasbetriebenes Blockheizkraftwerk installiert. Sicher nutzt ein Blockheizkraftwerk die Energie effizient aus, indem es Strom und Wärme produziert. Dennoch wird mit Gas ein fossiler Energieträger eingesetzt. Damit ist entschieden, dass dort noch zwanzig weitere Jahre Gas genutzt wird. Man hofft, dass irgendwann „grünes" Gas aus der Leitung kommt. Doch wie realistisch ist das? Diese Entscheidung, auf ein gasbetriebenes Blockheizkraftwerk zu setzen, wurde als kostengünstig und wirtschaftlich bezeichnet. Doch das ist zu kurz gedacht, die Schäden die durch den noch lange anhaltenden CO_2-Ausstoß verursacht werden, sind da nicht mit eingerechnet. Es wäre die Aufgabe der Kommunen, als Vorbild voranzugehen und bei öffentlichen Einrichtungen Null-Energie-Gebäude zu erstellen und voll auf regenerative Energie zu setzen. Auch wenn das vielleicht teurer kommt: langfristig rechnet sich das, schont die Atmosphäre und hilft klimafreundlichen Technologien zum Durchbruch.

> Es wäre die Aufgabe der Kommunen, als Vorbild voranzugehen und bei öffentlichen Einrichtungen Null-Energie-Gebäude zu erstellen und voll auf regenerative Energie zu setzen.

In Stegen wurde ein Quartierskonzept für den Bereich Großacker erstellt mit vielen guten Ideen, um dort den Energieverbrauch zu senken und CO_2 einzusparen. Doch ist ziemlich klar, dass dieses Konzept in der Schublade verschwinden wird. Denn von alleine setzt es sich nicht um. Es fehlt ein Kümmerer, stellte ein CDU-Gemeinderat fest. Und einen Klimamanager, der dieser Kümmerer hätte sein können, hat die Mehrheit des Gemeinderats abgelehnt.

Bisher ist leider wenig passiert

Den Quartierskonzepten für den Birkenhof und Burg-Höfen in Kirchzarten erging es so: sie liegen in einer Schublade. Sie wurden 2016 entwickelt. Passiert ist seither nichts. In Burg-Höfen liegt nicht einmal eine Gasleitung, dort heizen die meisten noch mit Öl.

Und noch ein Beispiel: Alle reden von einer Verkehrswende. Den Dreisamtalgemeinden ist es ein Anliegen, den Verkehrslärm zu reduzieren. Ein geeignetes Mittel dazu sind Geschwindigkeitsbegrenzungen. Langsameres Fahren macht nicht nur weniger Lärm, es würde auch den Schadstoffausstoß reduzieren und die Verkehrssicherheit erhöhen. Die Kommunen würden das gerne umsetzen. Bremsklotz ist hier jedoch die untere Verkehrsbehörde des Landratsamts Breisgau-Hochschwarzwald. Seit Jahren ringen die Kommunen um Geschwindigkeitsbegrenzungen und genauso lange, weigert sich die untere Verkehrsbehörde diese anzuordnen.

Geschwindigkeitsbegrenzungen seien unverhältnismäßig, ganz im Sinne unseres Verkehrsministers Scheuer, der sich weigert 120 km/h auf deutschen Autobahnen anzuordnen. Rasen scheint ein Menschenrecht zu sein.

Begrünte Gebäude sind kleine Klimaanlagen. Die Pflanzen kühlen, filtern die Luft und sind dazu noch optische Blickfänger

Das übrigens auch auf der B 31 auf Höhe Kirchzartens. Wozu da 130 km/h gefahren werden darf, verstehe wer wolle.

Um den CO_2-Ausstoß zu verringern, zählt jede Tonne und mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung 120 km/h könnten ganz schnell 2,6 Millionen Tonnen eingespart werden. Sofort und ohne dass es etwas kostet!

■ *Dagmar Engesser*

Gute Pflege hat ihren Preis

In der Altenhilfe hat ein enormer Wandel zum Wohl der alten Menschen stattgefunden. Auch das Dreisamtal verfügt über ein großes Angebot verschiedener Dienste.

Abgeschoben ins Altenpflegeheim?

In Kirchzarten gibt es schon sehr lange ein Altenpflegeheim. Über viele Jahre war dieses Haus das einzige in den vier Dreisamtalgemeinden, das Pflege alter Menschen außerhalb der Familie anbot. Nach vielen Jahren hoher Akzeptanz in der Bevölkerung ist das Haus Ende 2020 in die Kritik geraten. Einige Personalentscheidungen und die Essensversorgung durch eine Zentralküche verunsicherten Bewohner*innen und Angehörige.

Altenpflegeheime gehören in der Regel großen Organisationen an. Diese stehen im Verdacht, nicht in erster Linie an die Bedürfnisse der zu Pflegenden, sondern an ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen zu denken. Ein weiterer Vorwurf: Große Organisationen benötigen viele Regeln, denen sich alle Bewohner*innen zu unterwerfen haben. Vor diesem Hintergrund sind vielleicht auch die Konflikte im Kirchzartener Pflegeheim zu verstehen. Gute Heimträger haben dazugelernt. Sie beschäftigen in ihren Pflegeheimen qualifizierte Heimleitungen, die sich nicht nur als Filialleitungen verstehen. Ein Heim zu leiten, ist ein dauerndes Aushandeln von Bedürfnissen und Interessen der Bewohner*innen und deren Angehörigen, der Mitarbeiter*innen, des Trägers und des weiteren Umfeldes in der Gemeinde. Man kann jedoch insgesamt guten Gewissens sagen: Der Generalverdacht, dass alte Menschen ins Pflegeheim „abgeschoben" werden, stimmt heute nicht mehr.

Der Ursulinenhof in Oberried – ein Vorzeigeprojekt der modernen Altenhilfe. Die Gemeinde nahm Geld in die Hand, um dort eine selbstverwaltete Pflegewohngruppe und eine Tagespflegeeinrichtung zu realisieren. Darüber hinaus entstanden bezahlbare und barrierefreie Wohnungen.

Von der Gemeindeschwester zum Ambulanten Pflegedienst

In vielen Gemeinden kümmerten sich früher Gemeindeschwestern um Alte und Kranke. Seit 1970 gibt es die organisierten Pflegedienste. Der heute geltende Grundsatz „ambulant vor stationär" hat die Bedeutung dieser Hilfen größer werden lassen. Für die Pflegenden ist es schwierig, die vielen formalen Nachweispflichten und den eigenen Anspruch an gute Pflege unter einen Hut zu bringen.

Ambulant betreute Pflegewohngemeinschaften – das Pflege-Ideal?

In Stegen planen die Gemeinde und der Verein „Stegen miteinander" ein Begegnungshaus, in dem ambulant betreute Pflegewohngemeinschaften, eine Tagespflege und eine Begegnungsstätte unterkommen sollen. Außerdem werden Wohnungen für Familien und alte Menschen gebaut. Das Haus wird seit zehn Jahren geplant! Die Gemeinde will das Haus nicht selber bauen, sie hat einen Investor gefunden. Gegen Ende dieses oder Anfang des nächsten Jahres wird mit dem Bau begonnen. Betriebsträger soll der Verein „Stegen miteinander" werden.

In Oberried ging alles schneller: Die Gemeinde hat vom Ursulinen-Orden das sogenannte Ursulinen-Areal übernommen und unter vielseitiger Bürgerbeteiligung innerhalb weniger Jahre selbst bebaut. Heute sind hier eine ambulant betreute Pflegewohngemeinschaft, eine Tagespflege und barrierefreie Wohnungen für Familien und alte Menschen in Betrieb. Betriebsträgerin ist die „Bürgergemeinschaft Oberried". Auch in Ebnet und Burg-Birkenhof gibt es solche Wohngemeinschaften.

Pflegewohngemeinschaften sind Hausgemeinschaften mit acht bis zehn pflegebedürftigen Menschen. Zimmervermietung, Fachpflege und Betriebsträgerschaft sind getrennt. Die Fachpflege erfolgt durch ambulante Pflegedienste. Eine Bürgerinitiative in Vereinsform übernimmt die Alltagsbegleitung, die für diese Aufgabe sogenannte Alltagsbegleiterinnen – es sind meist Frauen – anstellt. Großer Wert wird auf das Engagement von Angehörigen und Ehrenamtlichen gelegt.

Ambulante Pflegewohngemeinschaften sind eine bundesweite Reformbewegung und haben den Anspruch, besonders bewohnerorientiert zu arbeiten. In einem Zeitungsartikel schreibt eine Wohngemeinschaft aus dem Dreisamtal über sich selber: „Das Pflegeteam richtet sich individuell nach den Bewohnern und ihren Launen." Aber wer ist für diese Individualisierung zuständig? Der ambulante Pflegedienst ist nur zeitweise vor Ort. Die Hauptlast tragen die Alltagsbegleiterinnen. Sie sind Mädchen für alles und rund um die Uhr für die Bewohner*innen verantwortlich. Sie sind die wichtigsten Mitarbeiterinnen. Über ihre Ausbildung und Bezahlung und auch über die Form der Mitarbeiterinnenfürsorge ist wenig bekannt.

Was ist mit den Frauen aus Polen?

Der Wert, alte Menschen daheim zu versorgen, ist auch im Dreisamtal lebendig geblieben. Weil Familien dieses aber oft nicht mehr selber leisten können, engagieren sie „eine Polin". Für die alten Menschen hat das den Vorteil, dass sie in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Und die Familien sind beruhigt, dass ihre Angehörigen rund um die Uhr versorgt sind.

Osteuropäische Hilfskräfte werden durch Agenturen vermittelt. Ein Arbeitsvertrag kann nur über vier Wochen abgeschlossen werden. Wenn er endet, wird eine Nachfolgekraft geschickt. Die alten Frauen und Männer sind also vier Wochen auf eine einzige Hilfskraft verwiesen und müssen sich danach sofort auf die nächste Person einstellen. Das ist ein hohes Risiko und gelingt nicht immer. Kritisierende bemängeln die schlechte Bezahlung im Vergleich zu deutschen Standards und die manchmal fehlende persönliche Eignung. Jetzt hat das Bundesarbeitsgericht entschieden, dass auch diesen Hilfskräften der Mindestlohn bezahlt werden muss. Wer kann die hohen Vergütungen aufbringen? Der Ruf nach dem Staat wird allein nicht reichen. Es sollte selbstverständlich sein, dass pflegebedürftige alte Menschen nicht nur ihr Einkommen, sondern auch ihr angespartes Vermögen für sich selbst verwenden, auch wenn das eigene Haus deshalb beliehen oder sogar verkauft werden muss.

Der Wert, alte Menschen daheim zu versorgen, ist auch im Dreisamtal lebendig geblieben.

Alles hat seinen Preis!

■ *Karl Wassermann,*
ehem. Leiter eines Altenpflegeheimes

FÜR MEHR WÜRDE IN DER PFLEGE

Wir machen das Leben leichter.
Für Pfleger*innen, Pflegebedürftige – und ihre Familien.

» Wir schaffen **bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte**. Wir stärken Tarifverträge und sorgen für mehr Personal. Pfleger*innen haben mehr Geld und weniger Stress.

» **Wir entlasten Pflegebedürftige** – mit unserer solidarischen Pflegevollversicherung. Die Pflegeversicherung übernimmt dann alle anfallenden Pflegekosten. Und: Schon vorher deckeln wir als Übergangslösung den Eigenanteil auf einen festen monatlichen Betrag.

Durchschnittlicher Eigenanteil an den Pflegekosten pro Monat in Euro

Hartz-4 überwinden!

Ein garantiertes Grundeinkommen: die Lösung für einen modernen Sozialstaat?

Corona-Krise, Flutkatastrophen: die letzten zwei Jahre zeigten, wie schnell auch in Deutschland scheinbar sichere Existenzen gefährdet sein können. Plötzlich und ohne eigenes Verschulden brach für viele das Einkommen teilweise oder sogar ganz weg.

Aber auch ohne solche einschneidenden Ereignisse standen die sozialen Sicherungssysteme schon vorher in der Kritik. Besonders Hartz-4 war für viele ein Schreckgespenst und nicht wie geplant ein hilfreiches Sicherungssystem.

In den Krisen reagierten die zuständigen SPD-Minister schnell: Olaf Scholz erleichterte den Zugang zum Kurzarbeitergeld und erhöhte die Unterstützungsleistungen. Auch die Bezugszeit hat er verlängert.

Arbeitsminister Hubertus Heil erleichterte den Zugang zur Grundsicherung (Hartz-4-Leistungen), vereinfachte die Bedarfsprüfung und erhöhte das Schonvermögen. Besonders das war wichtig, weil damit bei den Menschen Finanz- und Sachmittel vorhanden blieben, um wieder aus der Grundsicherung herauszukommen. Auch die Prüfung der Wohnungsgröße fiel weg, so dass keine Umzüge notwendig wurden. Alles Punkte, die bei der alten Hartz-4-Regel massiv kritisiert worden waren.

Aber trotz dieser Verbesserungen fielen einige durch die Maschen des Sozialsystems und kamen in existenzielle Not.

Und die Kritik an den bestehenden Sozialsystemen wurde deshalb lauter: die Absicherung sei zu niedrig, die Beantragung zu bürokratisch, die Kontrolle zu restriktiv, das ganze System zu unflexibel und die Bürokratiekosten viel zu hoch.

Die SPD reagiert auf diese Kritik. Sie plant bei einer Regierungsbeteiligung die Überwindung von Hartz-4 mit der Einführung eines Bürgergeldes. Ein wichtiger Schritt, aber ist das für die Zukunft ausreichend?

Auch das geplante Bürgergeld verharrt in der Denkweise des bestehenden Sozialsystems: es muss beantragt werden. Es muss „Bedürftigkeit" bestehen, auch wenn diese erst nach zwei Jahren überprüft werden soll. Kontrollen sind vorgesehen.

Aber die Wirtschaft hat sich verändert. Weniger Menschen sind lohnabhängig beschäftigt. Viele Menschen arbeiten als kleine Selbständige oder Freiberufler. Befristete Arbeitsverhältnisse sind für viele die Regel. Und die Familienstrukturen haben sich verändert.

Auf alle diese Veränderungen müssen die Sozialsysteme reagieren.

Das garantierte Grundeinkommen

Intensiv diskutiert wird die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens. Allerdings ist dieser Begriff falsch, denn es muss zumindest eine Bedingung festgeschrieben werden: Wer bekommt es?

Es ist deshalb sinnvoll, von einem garantierten Grundeinkommen zu sprechen. Wie könnte ein solches aussehen?

Die Idee einer Geldzahlung ohne Bedürftigkeitsprüfung für einen klar umrissenen Empfängerkreis ist nicht völlig neu im Sozialsystem Deutschlands. Das Kindergeld ist eine solche Zahlung, dessen einzige Bedingung es ist, Kind eines in Deutschland lebenden Berechtigten oder deutschen Staatsangehörigen zu sein.

Ziel einer Verbesserung des Sozialsystems muss es sein, dass jeder Berechtigte sicher sein kann, vor wirtschaftlicher Not geschützt zu sein. Ohne bürokratischen Aufwand, also ohne dass die Sicherung aufwendig beantragt oder kontrolliert werden muss.

In dem hier vorgestellten vereinfachten Beispiel gehe ich davon aus, dass alle Menschen mit festem Wohnsitz in Deutschland, 2020 waren dies 83.160.000, berechtigt sind, das garantierte Grundeinkommen zu erhalten. Diese Annahme ist vereinfachend, tatsächlich müssten natürlich die Kriterien der Berechtigung genau definiert werden.

Die Grundidee des garantierten Grundeinkommens ist es, dass jeder Berechtigte jeden Monat über das Finanzamt einen bestimmten Betrag automatisch auf sein Konto überwiesen bekommt. Im Beispiel wird davon ausgegangen, dass dies für Kinder bis 13 Jahren 300 Euro sind, Jugendliche zwischen 14 und 17 erhalten 500 Euro und alle über 18-Jährigen 1.000 Euro. Jeden Monat, automatisch ohne Bedarfsprüfung und ohne Berücksichtigung von Einkommen oder Vermögen.

Damit würden pro Jahr fast 890 Milliarden Euro an die Berechtigten ausgezahlt, wenn die Gesamtbevölkerung als berechtigt betrachtet wird:

Alter	0 – 13	14 – 17	ab 18	Gesamt
Anzahl Berechtigte	10.750.000	3.000.000	69.410.000	**83.160.000**
Zahlung Euro/Monat	300,00	500,00	1.000,00	
Summe Mrd. Euro/Jahr	38,70	18,0	832,92	**889,62**

Eine gewaltige Summe.

Und wie soll das finanziert werden?

Die Ausgaben sind höher als die gesamten Steuereinahmen im Jahr 2020 von etwa 682 Milliarden Euro.

Auch wenn durch das garantierte Grundeinkommen einige Sozialleistungen wegfallen würden, beispielsweise Hartz-4, Kindergeld, BAFöG, Grundrente und anderes, es verbleibt definitiv ein massiver Mehraufwand.

Deshalb muss die Einführung des garantierten Grundeinkommens immer mit einer Steuerreform kombiniert werden. Eine Steuerreform, die das zunehmende Auseinanderdriften der Einkommen und der Vermögen in Deutschland korrigiert. Also eine Umverteilung von oben nach unten.

Es gibt hierfür verschiedene Vorschläge von Volkswirtschaftlern, die wegen der Kompliziertheit des Deutschen Steuersystems und der schwer berechenbaren Auswirkungen von Veränderungen auf die Wirtschaft und die verschiedenen Steuerarten immer mit Unsicherheiten behaftet sind.

Nach der Bundestagswahl sollten diese Ideen im Bundestag und in der Bevölkerung diskutiert werden. Unser Sozialsystem muss sich den Veränderungen der Wirtschaft und der Gesellschaft anpassen.

Das garantierte Grundeinkommen kommt besonders Kindern, Jugendlichen und Erziehenden, aber auch Rentnern mit geringen Renten zugute.

Eine entsprechende Veränderung des Steuer- und Sozialsystems und damit die Einführung des garantierten Grundeinkommens ist möglich.

Eine Variante eines anderen Steuersystems

Bei einem garantierten Grundeinkommen muss das Steuersystem dieses Grundeinkommen steuerfrei halten. Dazu ist es notwendig, die Besteuerung immer auf einzelne Individuen auszurichten. Sonderregelungen wie das Familiensplitting usw. fallen deshalb weg.

Das garantierte Grundeinkommen kommt besonders Kindern, Jugendlichen und Erziehenden, aber auch Rentnern mit geringen Renten zugute. Im nachfolgend vorgestellten Beispielmodell werden geringe bis mittlere Einkommen entlastet, hohe und Spitzeneinkommen dafür deutlich belastet.

Alle Einkünfte, also Löhne und Gehälter, Kapitalerträge, Mieten, aber auch alle Renten und Pensionen werden einheitlich besteuert und zwar unabhängig davon, wo sie entstehen. Es gilt also das Welteinkünfte-Prinzip abhängig vom Wohnsitz in Deutschland oder von der Staatsangehörigkeit, wenn jemand nicht in Deutschland lebt.

	Steuersätze	Gültig für Einkommen im Bereich
Kategorie 0	0 %	Grundeinkommen
Kategorie 1	35 %	bis 11.999,–
Kategorie 2	40 %	12.000 – 23.999,–
Kategorie 3	50 %	24.000 – 25.999,–
Kategorie 4	60 %	36.000 – 47.999,–
Kategorie 5	70 %	ab 48.000,–

Zur Erläuterung: eine Person erhält im Jahr 12.000 Euro Grundeinkommen und verdient in seinem Beruf 24.000 Euro und hat zusätzlich 6.000 Euro Mieteinnahmen. Insgesamt hat er im Jahr einen Geldzufluss von 42.000 Euro.

Das Grundeinkommen ist steuerfrei, die nächsten 12.000 Euro werden mit 35% besteuert, die nächsten 12.000 Euro mit 40%, die letzten 6.000 Euro mit 50%. Nach Steuer verbleiben ihm 30.000 Euro. Beim jetzigen Steuersystem (ohne Grundeinkommen) hätte er 24.909 Euro.

Hier eine Vergleichsrechnung für verschiedene Einkommen zwischen dem Beispiel- und dem aktuellen Steuersystem:

Zu versteuerndes Einkommen pro Jahr (ohne Grundeinkommen)	Verfügbares Geld mit Grundeinkommen	Verfügbares Geld nach Steuer heute
12.000,–	19.800 ,–	11.634 ,–
24.000,–	27.000 ,–	20.654 ,–
36.000,–	33.000,–	32.014,–
48.000,–	37.800,–	36.722,–
60.000,–	41.400,–	43.937,–
100.000,–	53.400,–	65.330,–
200.000,–	83.400,–	121.020,–
500.000,–	173.400,–	280.956,–

Man sieht: bis zu einem Jahreseinkommen (ohne Grundeinkommen) von 48.000 Euro, brächte das neue System Vorteile. Je höher das Einkommen, umso höher wird die Steuermehrbelastung. Bei einem Bruttoeinkommen von 500.000 Euro pro Jahr würden mehr als 106.000 Euro Steuer mehr anfallen.

Allerdings kann man auch mit netto 173.400 Euro im Jahr noch ganz gut leben.

■ *Bernd Engesser*

Am 11. Februar 1869 mussten die Frauen auf dem Lindenberg unter Androhung von Gewalt ihr Haus verlassen. Vier Stunden blieben ihnen zur Räumung.

Die „Freiburger Zeitung" vom 13.2.1869 schreibt:
„Die Bewohnerinnen des Klosters Lindenberg wurden gestern Vormittag auf Anordnung des großh. Bez. Amts Freiburg durch den großh. Polizeicommissär Baumann ausgewiesen und sollen dieselben in verschiedenen Höfen in und bei St. Peter einstweilige Unterkunft gesucht und gefunden haben."

Die Vertreibung der Jungfrauen vom Lindenberg

Der „Bayerischer Kurier" schreibt am 11.2.1869
„Heute Donnerstag, 11. Februar 1869 wurden die Frauen auf dem Lindenberg unter Androhung von Gewalt durch Gendarmerie aus ihrem Hause vertrieben. Der Polizeikommissär von Freiburg erschien mit etwa 10 Gendarmen schon früh 5 Uhr auf dem Lindenberg während der h. Messe. Es wurde schließlich eine Frist von vier Stunden zur gänzlichen Räumung des Hauses bewilligt und die Frauen verließen dasselbe bei stürmischen Wetter gegen 12 Uhr Mittags."

Das „Wochenblatt für das christliche Volk" schreibt am 2.5.1869
„In dem angeblichen Kloster auf dem Lindenberg befanden sich bis dato noch zwei kranke Jungfrauen, welche von den beiden Eigenthümerinnen des Hauses verpflegt wurden, da sie nicht weiter konnten. Nun verfügte das Freiburger Bezirksamt auch deren polizeiliche Ausweisung, obwohl die beiden Mädchen noch nicht genesen sind. So verfährt man im „bestregierten Lande diesseits des Meeres" mit arme hilflosen Kranken!"

Was war geschehen?

Zitat aus: „Das Unrecht am Lindenberg bei St.Peter im Schwarzwald." Erzählt von Dr. Josef Schofer, 1928
Es war nun im Jahre 1854. Fromme Jungfrauen siedelten sich in der Nähe der Kapelle an. Sie bildeten einen religiösen Verein nach der dritten Ordensregel des hl. Franziskus. Veronika Benitz war die Gründerin dieser frommen Vereinigung. Sie war 1853 mit ihrer Mutter aus Breitnau nach St. Peter gekommen. Auch wenn sie in Gemeinschaft wohnen, fehlt noch viel zu einem Ordenskloster. Darum hatte man es bei den frommen Jungfrauen auf dem Lindenberg auch gar nicht mit einem Nonnenkloster zu tun. Das ist wichtig; denn wir werden es bald hören, daß die Kirchenfeinde in dem frommen Verein ein Kloster sahen und dagegen losgingen und so dem Lindenberg ein neues, arges Unrecht antaten.

Nun bestand seit 1860 ein Gesetz in Baden und nach diesem Gesetz durfte von dem Erzbischof „kein religiöser Orden und keine einzelne Anstalt eines eingeführten Ordens errichtet werden – ohne Genehmigung der Staatsregierung!" Dieses Gesetz fand auf die Jungfrauen vom Lindenberg gar keine Anwendung; denn fürs erste waren sie schon lange vor dem Gesetz da, und fürs zweite waren sie keine Ordensanstalt, sondern nur ein freier religiöser Verein. Daran änderte auch ihr gemeinsames Kleid gar nichts, das übrigens gar kein Ordenskleid war.

Allein in Karlsruhe hatten sie sich es nun einmal in den Kopf gesetzt, auf dem Lindenberg sei eine Ordensniederlassung und die habe keine Staatsgenehmigung, und darum müsse die Staatsgewalt einschreiten, und sie schritt ein.

„Am 18. Dezember 1868 fand sich der Vorstand des Großherzoglichen Bezirksamts Freiburg in dem Hause ein; nachdem er zu Ibental die Eigentums- und Heimatsurkunden erhoben, erklärte er der Eigentümerin und Vorsteherin, daß er mit einer Untersuchung beauftragt sei, und zog die ihm nötig erscheinenden Erkundigungen ein. Jede Auskunft wurde bereitwillig gegeben und ihm auf Verlangen alle Räume des Hauses geöffnet."

Das war der erste Akt von dem nun anhebenden Trauerspiel. Daß man gerade die Vortage vor Weihnachten dazu gewählt hatte, zeigt die ganze Rücksichtslosigkeit der Kulturkämpferei! Man arbeitete rasch, gleich als ob der Staat in Gefahr wäre. „Am Weihnachtsabend, den 24. Dezember 1868, kam der genannte Beamte wieder und verkündete den bestürzten Jungfrauen das Erkenntnis des Großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 22. Dezember."

„Frömmelnde Faulenzerinnen"

Man sollte es nicht für möglich halten, daß solch ein brutales Vorgehen gegen brave und unbescholtene Jungfrauen noch eine Verteidigung finden würde. Die „Breisgauer Zeitung" vom 27. Dezember 1868 und vom 7. Januar 1869 fand den traurigen Mut, in zwei von vielen Unrichtigkeiten strotzenden Artikeln, die Schandtat von Lindenberg noch zu verteidigen. Das „Freiburger Katholische Kirchenblatt" gab am 27. Januar die entsprechende Antwort darauf. Darin ist unter anderem auch gesagt: „Es ist eine schauerliche Verläumdung, wenn die Jungfrauen vor aller Welt so ziemlich unverblümt als frömmelnde Faulenzerinnen hingestellt werden, „eine schändliche" Verläumdung, wenn ihnen „beschauliches Nichtstun" und eine „angelernte Frömmelei" vorgeworfen wird." Der Volksschriftsteller Hägele aber ließ 1869 eine Broschüre über die Gewalttat auf dem Lindenberg erscheinen. Sie führt den originellen Titel: Das erste Brandopfer der Offenburgerei oder die Treibjagd auf dem Lindenberg. Er meinet mit Recht: „Wenn die Schwestern für gut finden, mehr zu beten als andere Leute, so schadet dieses Niemand. Die Regierung hat in das Gebet nicht hineinzuregieren. Sie schreitet ja gegen das Nichtbeten und das Nichtstun auch nicht ein!"

Das Gesetz von 1860 spricht von religiöschen Orden und Ordensanstalten, welche erst nach 1860 eingeführt werden. Dieser angebliche, religiöse Verein bestand aber in seiner jetzigen Gestaltung vor dem Jahre 1860. Es ist sehr fraglich, ob das Zusammenleben von etwa 50 Frauenspersonen in einem Hause, welche gemeinschaftlich arbeiten, beten, eine gleiche Kleidung haben und nach einer religiösen oder nicht religiösen Ordnung leben, ein Verein genannt werden kann. Dieser sogenannte Verein lauft weder einem Gesetze noch der Sittlichkeit zuwider. Und Herr Jolly wird nicht behaupten, daß die erwähnten 60 Jungfrauen und ihr Verein den Staat oder die öffentliche Sicherheit in Baden gefährden.

Sie litten, darbten, starben

Pfarrer J. Hog schreibt in seinem Artikel „Die Schwesterngemeinschaft von der ewigen Anbetung auf dem Lindenberg 1854 – 1869":
... In der mündlichen Überlieferung bei der ältesten Bevölkerung in der Umgegend sowie im Haus Nazareth und in Ottmarsheim bei den Benediktinerinnen weiß man aber auch von der Armut und Not der „Mägde" zu berichten, aber auch von ihrer Frömmigkeit und Heiligkeit, wie sie die Armut ertragen haben. Wenn man den Grundriß der Gebäude, die mit einer Mauer umfriedet waren, in den Grundbuchakten in Unteribental betrachtet und das noch heute stehende größte Gebäude, die Kaplanei, sich anschaut, muß man sich fragen, wie hier 46 Ordensmitglieder leben und wohnten konnten. Dazu kam noch eine kleine Wohnung für den Geistlichen und den Mesner. Die 1975 abgebrochene Scheuer stand noch nicht, Stallgebäude und Waschhaus waren offenbar armselige Hütten. Da wir aus dem Totenbuch von St. Peter erfahren, wer in dieser Zeit auf dem Lindenberg starb, woher er war und wie alt beim Tode, wird uns klar, wie sie wohl zusammenkamen, wie sie auch litten und darbten. Von 1862 – 1868 starben zwölf Jungfrauen, von denen keine das 40. Lebensjahr erreichte. Wir müssen wissen, wie kalt es wohl im Winter auf dem Lindenberg war, besonders in der Kapelle. Wohl konnten die Schwestern im Winter bei Nacht die Anbetung vom Gang des Klösterleins aus halten, da dort ein schmales Fenster, das heute noch existiert, den Blick zum Hochaltar erlaubte. Man muß wissen, wie groß wohl im Sommer die Not bei Hitze und Trockenheit war. Die Wasserversorgung war ja bis in die neueste Zeit ein Kummer auf dem Lindenberg wie auf dem Gubel. Die schöne Höhenlage dieser Gebetsstätten hat auch eine andere Seite. Die alten Schwarzwaldhöfe baute man an etwas geschütztere Plätze und nicht so an den Wind!

Sorge für die noch lebenden Mitschwestern

Veronika Benitz litt seit der gewaltsamen Vertreibung ihrer Mitschwestern, auch seelisch. 1878 zog sie den Rechtsanwalt Ludwig Marbe als Berater auf den Renzenhof. Nur ungern nahm Marbe ihre Bitte an, ihr Erbe zu verwalten und für die Schwestern zu sorgen, den Besitz so zu verwalten, daß er später wieder seiner Zweckbestimmung übergeben werden konnte. Überraschend starb sie am 24.7.1878 im Alter von 50 Jahren. Wenige Tage vor ihrem Tode hatte sie Ludwig Marbe zu ihrem Universalerben eingesetzt mit der Auflage, er müsse für die noch lebenden Mitschwestern sorgen. Ludwig Marbe ist in der Geschichte der Erzdiözese und in der politischen Geschichte Badens genügend bekannt. Er hat seine Aufgabe treu erfüllt. Die Trennung Kaplanei mit Kapelle und Gärtchen davor wurde durchgeführt. Die übrigen Grundstücke bildeten das landwirtschaftliche Gut Lindenberg mit Renzenhof. Auf der von den Mägden geschaffenen Grundlage konnte das Hofgut erträglich arbeiten.

Veronika Benitz fand ihre Grabstätte in St.Peter; bis 1938 war diese Grabstätte mit denen der übrigen auf dem Lindenberg und in St.Peter verstorbenen Mägde erhalten und in Ehren. Zweifellos gehört Veronika Benitz zu den bedeutenden Frauen unserer Diözese, wenn sie auch mit ihrer Gründung nicht den Erfolg hatte, den man ihrer Selbstlosigkeit gewünscht hätte.

■ *Zusammengetragen von Klaus Kiesel, belassen in der Schreibweise der Zeit*

Mehr zu diesem Thema siehe: http://stegen-dreisamtal.de/Lindenberg-Seiten.htm